

SEIT
1946

03/2019

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR



DAS ROTE WIEN

(WIEN MUSEUM)

Wirksamer Gewaltschutz braucht
echte Gleichstellung
Marina Hanke

Vom Kleinen zum Großen
Wolfgang Moitzi

Union der militärisch Fähigen und
politisch Willigen
Thomas Roithner

Kurt Bauer:
Der Februaraufstand 1934
Florian Wenninger

5,- Euro P.b.b. Abs.: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT, Kaiserebersdorferstrasse 306/3, 1110 Wien, 14Z040222 M, Nr. 03/2019

EDITORIAL

Dass der Bösartigkeit keine Grenzen gesetzt sind, stellte Innenminister Herbert Kickl zuletzt mit seinen Plänen unter Beweis, den Stundenlohn für AsylwerberInnen für gemeinnützige Tätigkeiten auf 1,50 Euro zu begrenzen. Das ist, in den Worten Arthur Schnitzlers, wahrlich „selbstlose Gemeinheit“: Eine Gemeinheit, von der man selbst gar nichts hat und die man nur aus Freude an der Boshaftigkeit begehrt. Denn AsylwerberInnen dürfen schon bisher nicht am Arbeitsmarkt aktiv werden, sondern lediglich maximal 110 Euro für gemeinnützige Tätigkeiten bei Gebietskörperschaften dazuverdienen. Anders ist der Fall beim Vorschlag der Sozialministerin gelagert, die Asylberechtigte zwangsweise zu bestimmten Arbeiten verpflichten will. Hartinger-Klein will Asylberechtigte etwa als „Erntehelfer“ einsetzen, eine Branche in der schon heute viele EU-AusländerInnen, oftmals unter Missachtung von Mindestlohn und Arbeitsschutzbestimmungen eingesetzt werden. Die Zwangsarbeits-Fantasien der Regierung werden damit geradezu ein Lehrbeispiel dafür, wie rassistische Spaltung die sozialen Standards für alle senken sollen: Unzumutbare Arbeitsbedingungen einer Branche sollen durch Arbeitspflicht für „Ausländer“ aufrecht erhalten werden.

Ein anderes Beispiel für rassistisch motivierte Politik greift **Marina Hanke** auf: Sie stellt der Behauptung der Regierung, häusliche Gewalt sei ein „importiertes Problem“ Fakten und eine **sozialdemokratische Anti-Gewalt-Strategie** gegenüber.

Im Brexit-Drama analysiert **Ludwig Dvořák** die Entwicklungen der letzten beiden Monate und wie es um die **Stabilität des Zwei-Parteiensystems** von Labour und Tories bestellt ist.

Thomas Roithner stellt dar, wie sich die Entwicklung der **EU zur Militärunion** nach dem Beschluss über Austritt Großbritanniens beschleunigt hat und wie die zivile Komponente der Sicherheitspolitik immer weiter in den Hintergrund tritt.

Wolfgang Moitzi stellt zu Beginn einer neuen kommunalpolitischen Textreihe vor, welche **Bedeutung die Gemeindepolitik aus sozialdemokratischer Sicht** hat und zeigt anhand von Beispielen aus der Steiermark auf, wie auf der lokalen Ebene die Verwirklichung sozialdemokratischer Grundsätze vorgelebt werden kann.

Wilhelmine Goldmann lässt die **Geschichte der Ersten Republik** und die Rolle der Sozialdemokratie Revue passieren.

Florian Wenninger setzt sich kritisch mit **Kurt Bauers** aktuellem Buch zum **Februar 1934** auseinander.

Und **Irimi Tzaferis** stellt die neue **Biographie** über das Leben und Wirken der großen Frauen- und Sozialpolitikerin **Adelheid Popp** vor, die **Gernot Trausmuth** zum hundertsten Jahrestag der Verwirklichung des Frauenwahlrechts veröffentlicht hat.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



DAS ROTE WIEN
1919-1934
30. April 2019 bis 19. Jänner 2020
Wien Museum
MUSA
1010 Wien, Felderstraße 6-8
Dienstag bis Sonntag & Feiertag, 10 bis 18 Uhr

KARL-MARX-HOF, EHRENHOF MIT DER SKULPTUR,
„DER SÄMANN“, CA. 1930
oto: Martin Gerlach jun.
© Wien Museum

- 6 Wirksamer Gewaltschutz braucht echte Gleichstellung**
VON MARINA HANKE

- 10 Brexit: Von der Tragödie zur Farce**
VON LUDWIG DVOŘÁK

- 18 Union der militärisch Fähigen und politisch Willigen**
VON THOMAS ROITHNER

- 26 Vom Kleinen zum Großen**
VON WOLFGANG MOITZI

- 32 Als die Sozialdemokratie die Republik rettete...
und im Stich ließ**
VON WILHELMINE GOLDMANN

- 38 Kurt Bauer: Der Februaufstand 1934**
VON FLORIAN WENNINGER

- 42 „Ich fürchte Niemanden“**
VON IRINI TZAFERIS

Wirksamer Gewaltschutz braucht echte Gleichstellung

Die Häufung von Frauenmorden 2018 und Anfang 2019 haben die Debatte um Gewalt an Frauen und möglichen Maßnahmen dagegen neu entfacht. Während Staatssekretärin Edtstadler von „importierter Gewalt“ spricht und Strafverschärfungen ankündigt, betonen ExpertInnen erneut langjährige Forderungen. **Marina Hanke** stellt dar, wie aus sozialdemokratischer Sicht mit dem Thema umzugehen ist.

Jede vierte bis fünfte Frau in Österreich ist einmal in ihrem Leben von häuslicher Gewalt betroffen. Im Jahr 2018 wurden bis November 41 Frauen ermordet, im Jahr 2019 bereits acht. Die Täter waren fast ausschließlich Männer, rund zwei Drittel aller Gewalttaten sind Beziehungstaten. Der gefährlichste Ort für Frauen sind die eigenen vier Wände und der soziale Nahraum. Physische Gewalt und im schlimmsten Fall Mord sind dabei nur die Spitze des Eisberges, Gewalt an Frauen kann verschiedenste Formen wie psychische Gewalt, sexualisierte Gewalt aber auch ökonomische Gewalt annehmen. Gewaltbeziehungen dauern oft über eine sehr lange Zeitspanne an, ein Entfliehen aus einem gewalttätigen Kontext wird in vielen Fällen durch ein Ohnmachtsgefühl nach jahrelanger Abwertung, Unterdrückung und Isolierung oder ökonomischer Abhängigkeit erschwert bis unmöglich gemacht. Die öffentliche Debatte um Gewalt an Frauen und Maßnahmen für Prävention und Opferschutz ist in den letzten Monaten neu entfacht und streift dabei unterschiedliche Aspekte eines gesamtgesellschaftlich zu verortenden Phänomens.

TÄTERHERKUNFT

Gewalt an Frauen wird spätestens seit den Vorfällen der Silvesternacht in Köln 2016 verstärkt in Bezug auf die Herkunft der Täter diskutiert. Auch in der gegenwärtigen Debatte erleben wir Erklärungsmuster, die Gewalt an Frauen zu einem vermeintlich spezifischen Problem zugewandter Männer deklarieren. So sprach etwa Staatssekretärin Karoline Edtstadler von „importierter Gewalt“ und einem „importierten Frauenbild“, das mit „unserer“ Werthaltung nichts zu tun hätte. Dieses Argumentationsmuster ist bei neuen rechten Kräften ein gängiges. Konstruiert wird eine vermeintlich fortschrittliche, westliche Identität, die verwendet wird, um sich von den „Anderen“ abzugrenzen. Damit gelingt nicht nur ein weiteres Schüren rassistischer Ressentiments, es dient auch der Rechtfertigung von Verschärfungen von Migrations- oder repressiver Sicherheitspolitiken. Die Errungenschaften der Frauenbewegungen werden dabei instrumentalisiert – gerade von jenen Rechten und Konservativen, die sie immer bekämpft haben und sich auch heute noch gegen feministische Forderungen und Politiken stellen. Ein Blick auf die Faktenlage sowie auch auf die österreichische Geschichte zeigen, dass Gewalt an Frauen weder eine Frage von Herkunft, noch eine Neuerscheinung der letzten Jahre ist.

GEWALT IST AUSDRUCK PATRIARCHALER VERHÄLTNISSE

Gewalt an Frauen existiert in allen gesellschaftlichen Gruppen, sie passiert unabhängig von sozialem, kulturellem oder religiösem Hintergrund, unabhängig von Bildungsgrad, Alter oder Familienstand. Sie ist Ausdruck patriarchaler gesellschaftlicher Verhältnisse, die Männer über Frauen stellen. Sie ist Ausdruck eines eklatanten Ungleichgewichts, das Männern Macht und Autonomie verleiht, Frauen hingegen in ihren Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten einschränkt und sie in vielen Fällen von Männern abhängig macht. Gerade in dieser Frage gilt es, sich unterschiedlicher Lebensrealitäten von Frauen bewusst zu werden. Ein Ausbrechen aus gewaltvollen Beziehungen wird durch Kenntnis von Opferschutzangeboten, ein dichtes soziales Netz und ökonomische Absicherung erleichtert. Frauen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte verfügen oftmals über diese Dinge nicht, hinzu kommen Sprachbarrieren oder die Angst um das Aufenthaltsrecht – das eigene, oder auch das des Täters. Auch von Armut Betroffene, Frauen mit Behinderungen oder Frauen in Pflege sind in Bezug auf Gewalterfahrungen besonders verletzlich. Sich dieser unterschiedlichen Dimensionen bewusst zu werden muss bedeuten, sie gerade in Fragen von Prävention und Opferschutz aktiv mitzudenken und Angebote dementsprechend für verschiedenste Zielgruppen zu gestalten.

Dass Gewalt an Frauen heute als strukturelles Problem benennbar ist, ist den erfolgreichen Kämpfen der Frauenbewegungen zu verdanken. Die Gründung von Frauenhäusern aber auch gesetzliche Meilensteine wie das Gewaltschutzgesetz 1997 brachten große Fortschritte im Gewaltschutz. Dennoch ist Gewalt an Frauen in vielen Fällen weiterhin ein Tabuthema. Das hängt nicht zuletzt mit der angewandten Sprache zusammen.

MEDIALE DIMENSION

In der medialen Berichterstattung über Gewalt an Frauen finden wir permanent vermeintliche „Erklärungen“ für die erfolgte Tat. Wir lesen von „Beziehungskrisen“, von „Eifersuchtstaten“ oder „Familiendramen“. Die Schicksale der Betroffenen werden dadurch individualisiert und bagatellisiert – nicht selten eröffnet eine derartige Berichterstattung eine Täter-Opfer-Umkehr. Die Machthierarchie zwischen Männern und Frauen ist historisch gewachsen und strukturell verankert und spiegelt sich gerade auch in diesen Berichterstattungen wider, anstatt sie zu thematisieren. GewaltschutzexpertInnen

fordern seit vielen Jahren eine sensible Berichterstattung bei Gewalt an Frauen – eine Forderung, die in der derzeitigen Debatte um Handlungsoptionen wenig Raum findet.

Eine der ersten von der Bundesregierung präsentierten Maßnahmen angesichts der Häufung von Frauenmorden war die Einführung einer dreistelligen Notrufnummer. Jede Maßnahme, die den Zugang zu Hilfe für Betroffene niederschwelliger gestaltet, ist lobenswert, wenngleich auch auf die bereits seit langer Zeit erfolgreiche österreichweite Frauenhelpline und andere Anlaufstellen wie den 24-Stunden Notruf in Wien oder die Notrufnummern der Frauenhäuser hingewiesen werden muss.

SENSIBILISIERUNG UND PRÄVENTION STATT ERHÖHUNG DER STRAFRAHMEN

Weitaus stärker diskutiert und auch unter Kritik von Opferschutzvereinen sind die angekündigten Verschärfungen bei Strafen für Gewalt- und Sexualstraftäter. Forschungen belegen, dass ein höheres Strafmaß nicht automatisch von einer Tat abhält. Andererseits kommt es bereits jetzt zu viel zu wenigen Anzeigen, geschweige denn Verurteilungen. So liegt beispielsweise die Verurteilungsquote bei Vergewaltigungen lediglich bei 13 Prozent. Gerade bei Gewalttaten im sozialen Umfeld ist die Hemmung, Anzeige zu erstatten, immer noch sehr hoch – zum Täter besteht eine persönliche Beziehung, die den Gang vor Gericht erschwert. In der Frage von strafrechtlicher Verfolgung weitaus drängender sehen ExpertInnen die Notwendigkeit der intensiveren Schulungen im Justizbereich, die die Sensibilität für die Situation von Betroffenen von Gewalt insbesondere im gerichtlichen Kontext schärfen.


Bereits seit vergangenem Sommer in reger Diskussion sind Interventionsmöglichkeiten bei Hochrisikofällen. Die 2011 eingeführten Marac-Konferenzen, bei denen sich Polizei, Opferschutzeinrichtungen und Interventionsstelle über Einzelfälle austauschten und mögliche Maßnahmen besprechen konnten, um Gefährder zu stoppen, wurden durch den Ausstieg der Polizei aufgrund angeblich nicht vorhandenen Mehrwerts seitens des Innenministeriums abgeschafft. Eine Evaluierung der Konferenzen findet derzeit in der eingesetzten Taskforce statt, eine Wiedereinführung der gezielten Zusammenarbeit bei Hochrisikofällen ist für effektiven Gewaltschutz unabdingbar.

OPFERSCHUTZ

Neben Strafrechtsverschärfungen kündigte die Bundesregierung auch eine Stärkung des Opferschutzes an, wenngleich konkretere Angaben zu Umsetzung und Finanzierung bisher unbekannt sind. In Wien wurde vor wenigen Monaten die Errichtung eines fünften Frauenhauses verkündet, womit von der Stadt 50 neue Plätze zur Verfügung gestellt werden. Neben dem Ausbau von Frauenhäusern, Notwohnungen und Übergangswohnungen ist laut ExpertInnen insbesondere deren langfristige finanzielle Absicherung notwendig. Während der Verein Wiener Frauenhäuser in Wien durch eine laufende Finanzierung abgesichert ist, ist diese in anderen Fällen von Jahr zu Jahr neu sicherzustellen.

Zentral im Umgang mit Gewalt an Frauen sind jedoch nicht nur ausreichende Hilfeleistungen für Betroffene, sondern auch die gezielte Arbeit mit Tätern. Ein Strafen alleine löst in vielen Fällen noch keine Verhaltensänderung aus, vielmehr geht es darum, in Täterarbeitsprogrammen am gewalttätigen Verhalten zu arbeiten.

Gewalt gegen Frauen muss aber weiterhin in ihrer gesellschaftlichen Kontextualisierung behandelt und damit patriarchale Strukturen bekämpft werden. Das kann bedeuten, schon mit Kindern und Jugendlichen tradierte Männlichkeits- und Weiblichkeitsvorstellungen aufzubrechen und Konfliktlösung fernab von Gewalt zu erlernen. Es muss aber auch bedeuten, Frauen ein Leben fernab von Abhängigkeit zu garantieren. Gerade im Kampf um finanzielle Unabhängigkeit erweist sich diese Bundesregierung als Gefahr. Die Einführung einer 60-Stunden-Arbeitswoche bei gleichzeitig immer noch nicht ausreichend zur Verfügung stehender staatlicher Kinderbetreuung, insbesondere für einen 12-Stunden Arbeitstag, führt dazu, dass gerade Frauen wieder vermehrt zu Hause bleiben müssen – und damit in Abhängigkeit bleiben. Die Kürzung der Mindestsicherung bedeutet für viele Frauen eine Verschärfung von Abhängigkeit. Aber auch die Veränderungen im Bereich des AMS, die Streichung der Zielvorgabe, die Hälfte der Mittel für Frauenförderung zu verwenden und der neue AMS-Algorithmus, der Frauen schlechter bewertet und damit Nachteile am Arbeitsmarkt einzementiert, stehen für das Frauenbild dieser Bundesregierung. Es bleibt zu hoffen, dass im Gewaltschutzbereich die Ebene der Symbolpolitik verlassen wird und Finanzierung für sinnvolle Maßnahmen sichergestellt wird.

In jedem Fall bleibt festzuhalten: Wer Gewalt an Frauen beseitigen will, muss sich für Gleichstellung und Gleichberechtigung aller Frauen und das Überwinden patriarchaler Machtverhältnisse in der Gesellschaft einsetzen – diesen Kampf gilt es, gerade auch wegen der derzeitigen Bundesregierung, zu verstärken. 

MARINA HANKE

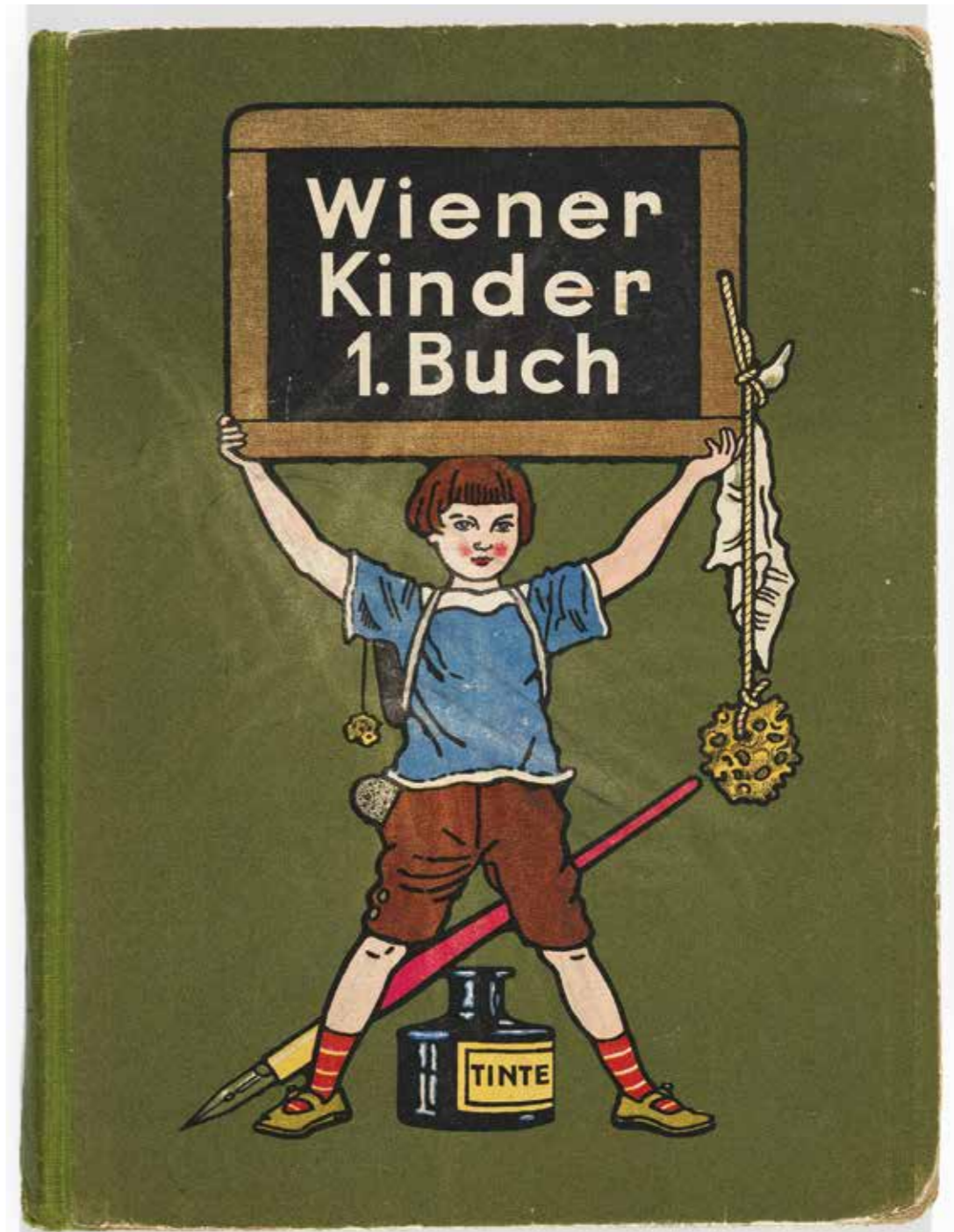
Abgeordnete zum Wiener Landtag und Gemeinderat.
Sie kandidiert bei der Landesfrauenkonferenz der SPÖ Wien
am 06.04. als Vorsitzende der Wiener SPÖ-Frauen.
Seit 2018 ist sie Vorsitzende des Vereins Wiener Jugendzentren.

FRAUENHELPLINE GEGEN GEWALT 0800 222 555

**24-STUNDEN FRAUEN NOTRUF DER STADT WIEN
01 71 71 9**

VEREIN WIENER FRAUENHÄUSER 05 77 22

WWW.FRAUENHAEUSER-WIEN.AT



DAS ROTE WIEN
SCHULBUCH: „WIENER KINDER 1. BUCH“, 1927
© Wien Museum

1. Marac = Multi-Agency Risk Assessment Conference

Brexit: Von der Tragödie zur Farce

Mit ihrer vorsichtigen Rücktrittsankündigung versucht Theresa May nochmal ihren Deal durchzusetzen. Doch ihr Kampf dreht sich weniger um den Brexit oder den Erhalt ihrer Regierung, sondern immer mehr um den Fortbestand der Konservativen Partei. Dabei bleibt ein No-Deal-Brexit eine realistische Gefahr. Auch in der Labour Party sehen manche in den Brexit-Turbulenzen die Chance, die Machtverhältnisse innerparteilich und in der britischen Parteienlandschaft zu verschieben. **Ludwig Dvořák** ordnet für die ZUKUNFT die sich überschlagenden Ereignisse in London ein.

Nach der Brexit-Deadline ist vor der Brexit-Deadline: Seit November 2018 zögert Theresa May den Entscheidungsprozess über den von ihr verhandelten Austritts-Deal hinaus und schlittert von Abstimmungsniederlage zu Abstimmungsniederlage. Dreimal hat das Parlament ihren Deal bereits verworfen. Doch auch nach der dritten Abstimmungsniederlage verweigerte May bislang jede Strategieänderung und blieb ihrem Kurs treu: Zeitverzögerung um jeden Preis.

EIN ABSEHBARES SCHEITERN

Noch vor der ersten Abstimmung hatte May angekündigt, ihren Deal mit der EU nachverhandeln zu wollen: Knackpunkt in ihrem Regierungsbündnis aus Konservativen und nordirischen Unionisten war der sogenannte „Backstop“ gewesen. Sollten sich Großbritannien und die EU bis Ende 2020 nicht auf die Modalitäten der künftigen Wirtschaftsbeziehungen einigen, sollte dieser Notfallmechanismus provisorisch wirksam werden. Um die „hard border“ zwischen Nordirland und Irland zu verhindern, wäre Nordirland dann faktisch weiterhin Teil des Binnenmarktes, für den Rest des Vereinigten Königreichs würde aber anderes gelten. Der „Backstop“ ist aufgrund der bisherigen Verhandlungsposition Großbritanniens aber letztlich alternativenlos und für die EU unverzichtbar. Seinem Wesen nach kann er keine Befristung vorsehen oder einen einseitigen Ausstieg ermöglichen. Mays Ankündigung, daran etwas ändern zu wollen, musste bereits im Dezember scheitern. Kommissi-

onspräsident Juncker und Ratspräsident Tusk versicherten in warmen Worten, dass die EU größtes Interesse habe, bis Ende 2020 ein Wirtschaftsabkommen zu schließen und den „Backstop“ nicht wirksam werden zu lassen.

Aber diese unverbindlichen Absichtserklärungen reichten der nordirischen DUP und den Hardcore-Brexiters erwartungsgemäß nicht. Mays Deal wurde mit der historisch größten Abstimmungsniederlage einer Regierung im Parlament abgelehnt. May reagierte auf die erste Ablehnung ihres Deals im Jänner mit weiteren Unterwerfungsgesten gegenüber dem ultrarechten Flügel ihrer Partei. Ende Jänner unterstützte die Regierung einen Antrag des Abgeordneten Brady – das „Brady-Amendment“ – im Unterhaus und gewann damit eine Mehrheit. Die Tory-freundlichen Medien feierten das als triumphale Wiederauferstehung der angeschlagenen Premierministerin, tatsächlich war es nur das Hinauszögern der nächsten sicheren Niederlage um wenige Wochen. Denn mit dem Brady-Amendment beauftragte sich die Regierung selbst damit, neuerlich den „Backstop“ mit der EU zu verhandeln. Die Union tat alles, um es May zu erleichtern, den Anschein zu erwecken, Zugeständnisse erreicht zu haben, inhaltlich gab es aber keine Zugeständnisse und konnte es diese in der Frage des „Backstop“ auch nicht geben.

OPERATION „ANGST“

Obwohl es keine substanziellen Fortschritte gab, ver-

suchte May die Verhandlungen so gut es ging in die Länge zu ziehen und verschob neuerlich die im Unterhaus angesetzte zweite Abstimmung. Das Kalkül dahinter ist offenkundig: May versucht seit November, ihren Deal als einzig möglichen Ausweg darzustellen, um Schlimmeres zu verhindern. Die Brexiteers versucht sie mit der Aussicht zu schrecken, dass eine Ablehnung ihres Deals dazu führen könnte, dass sich im Parlament Mehrheiten für einen „soft Brexit“ oder ein zweites Referendum finden. Die Opposition versucht sie damit zu ködern, dass ein „No-Deal-Brexit“ die automatische Folge sei, wenn nicht ihr Deal ratifiziert wird. Dass das jeweils drohende, angeblich unmittelbar und größter Gewissheit bevorstehende Szenario je nach Auditorium ins glatte Gegenteil umschlägt – und das oft innerhalb weniger Stunden – erhöhte die politische Glaubwürdigkeit nicht unbedingt. Es bewirkte das Gegenteil des gewünschten Effekts: Die konservativen Brexiteers spekulierten darauf, dass sie mit der Ablehnung von Mays Deal den von ihnen tatsächlich als wünschenswert erachteten „No-Deal-Brexit“ erreichen. Die Opposition schöpfte Zuversicht, eine Mehrheit gegen die Regierung organisieren zu können und zumindest teilweise die Kontrolle über die Verhandlungen zu erlangen. Trotz des immer näher rückenden Austrittsdatums versagte die Drohkulisse. May versuchte es mit Geld: Wochenlang kündigte sie ein Investitionspaket für strukturschwache Wahlkreise an, um die Unterstützung von Corbyn-feindlichen nordenglischen Abgeordneten zu gewinnen. Doch auch dieser Bestechungsversuch scheiterte, nicht zuletzt daran, dass das Paket aus Rücksicht auf den allgemeinen Sparkurs ziemlich knausrig ausfiel. Und auch gegenüber der nordirischen DUP, die für die Unterstützung der Tory-Minderheitsregierung 2017 eine zusätzliche Budgetmilliarde herausgeschlagen hatte, konnte trotz gezückten Scheckbuchs keine Einigung erzielt werden.

Nachdem das wochenlange Schattenboxen mit der EU erwartungsgemäß ohne substanzielle Änderungen des „backstop“ endete, lehnte das Unterhaus den Deal abermals mit riesiger Mehrheit ab.

PANISCHE TROTZREAKTION

Doch auch nach dieser Niederlage hielt May an ihrer Strategie fest: Keine Zugeständnisse an die Opposition, keine Änderung der Verhandlungsinhalte gegenüber der EU, weiter auf Zeit spielen. Dennoch zeigten sich Teile der Ultra-Brexiteers durchaus offen dafür, dem Deal doch noch zu-

zustimmen, wenn May ihnen einen, noch so durchsichtigen, Vorwand liefert, gesichtswahrend die Seiten zu wechseln. Der Attorney General Geoffrey Cox, der oberste Rechtsberater der Regierung mit Sitz im Kabinett, musste ausrücken, um die Brexiteers mit skurrilen Rechtsversprechen doch noch ins Boot zu holen. Cox stellte als Möglichkeit in den Raum, dass der „backstop“ als völkerrechtlicher Vertrag nach der Wiener Vertragsrechtskonvention wegen maßgeblich geänderter Umstände gekündigt werden könnte, falls die EU vorsätzlich die Verhandlungen über das Wirtschaftsabkommen verzögere. Das mutet nicht nur deshalb seltsam an, weil es bisher v.a. die britische Regierung und nicht die EU war, die Verhandlungen verzögert hat. Es scheint aber auch nach einhelliger Auffassung aller Rechtsexperten inhaltlich ausgeschlossen zu sein. Der süffisante Tenor: Nachdem die Auflösung der Sowjetunion oder der Tschechoslowakischen Republik nicht als hinreichend beurteilt wurden, um eine Kündigung völkerrechtlicher Verträge wegen maßgeblich geänderter Umstände zu rechtfertigen, werde die drohende Auflösung einer Regierung es umso weniger legitimieren können.

Doch an dieser Stelle machte der Speaker des Unterhauses, John Bercow, der Regierung einen Strich durch die Rechnung. Der Konservative, der als unabhängiger Speaker über die Einhaltung der Verfahrensvorschriften wacht und sie weitgehend autonom auslegen kann, berief sich auf die bestehende Konvention, dass das Parlament in einer Session nur einmal über den identischen Antrag abstimmen darf. Der zweiten Abstimmung war ein weiterverhandeltes, geringfügig (wenn auch ohne weitreichende Bedeutung) ergänztes Abkommen zugrunde gelegen. Über dieses Abkommen bis Ende März solange abzustimmen, bis es eine Mehrheit erhält, erachtete der Speaker als unzulässig.

TAKE BACK CONTROL!

Damit vereitelte der Speaker weniger als zwei Wochen vor dem Austrittsdatum den verzweifelten Plan der Premierministerin. Das begünstigte zwei für britische Verhältnisse äußerst ungewöhnliche Schritte des Unterhauses: Zunächst verlangte es von der Regierung, mit der EU eine Vertagung des Austrittstermins zu verhandeln. Mit dem Letwin-Amendment legte es darüber hinaus selbst Sitzungsdaten und Abstimmungsinhalte fest, um selbständig Lösungen für die Brexit-Krise zu finden.

Auch in der Frage der Verschiebung beugte May abermals das Knie vor den Ultra-Brexitern: Entgegen ihrer vorhergehenden Ankündigung, eine Ablehnung ihres Deals bewirke zwangsläufig eine langfristige Verschiebung des Austrittstermins, erbat sie in Brüssel lediglich eine Verschiebung bis Juni. Die Union, die durchaus positive Signale für die erwartete langfristige Vertagung gesendet hatte, reagierte sichtbar verärgert. Das neue Austrittsdatum wurde mit 12. April festgelegt. Wird bis dahin der Deal doch noch ratifiziert, hat Großbritannien bis 22. Mai Zeit, alle technischen Vorbereitungen zu treffen, um zu diesem Termin mit diesem Deal auszutreten. Signalisiert Großbritannien das Interesse, an den grundlegenden Eckpunkten der angestrebten künftigen Partnerschaft etwas zu ändern – z.B. durch eine dauernde Zollunion, den Verbleib im Binnenmarkt oder ein zweites Referendum über den Verbleib in der Union – könne man darüber verhandeln und wäre dann wohl auch eine längere Verschiebung des Austrittsdatums möglich. Sollte nichts dergleichen erfolgen, scheidet Großbritannien am 12. April ohne Deal aus.

May bleibt auch angesichts dieser weiteren Zuspitzung ihrem Kurs treu: Keine inhaltlichen Zugeständnisse und maximale Verzögerung. Dafür kündigte sie in einer Sitzung der konservativen Fraktion an, zum Rücktritt bereit zu sein, falls ihr Deal ratifiziert wird. Die Verhandlungen über das künftige Wirtschaftsabkommen könne dann ein von der Partei bestimmter Nachfolger führen. Mit diesem finalen Kniefall vor den Brexitern versucht sie noch einmal, ihren Deal durchs Parlament zu peitschen. Aber auch ein dritter Anlauf Ende März scheiterte abermals.

IST DIES SCHON WAHNSINN, SO HAT ES DOCH METHODE

Die Chronologie der Ereignisse, Mays Halsstarrigkeit gegenüber der Opposition und insbesondere Mays an Masochismus grenzende Anbiederung an die Brexiter – die sie in jeder Phase der Verhandlungen desavouiert und ihr jedes politische Kapital geraubt haben – muss unverständlich bleiben, wenn man die parteiinternen Dynamiken der Tories nicht ins Kalkül zieht.

May hatte im Frühjahr 2017 vorgezogene Neuwahlen in der Erwartung vom Zaun gebrochen, die in Umfragen darniederliegende Labour Party vernichtend zu schlagen und durch das Aufsaugen der UKIP-Stimmen und das briti-

sche Mehrheitswahlrecht eine riesige Mehrheit im Unterhaus gewinnen zu können. Bekanntlich kam es anders – Jeremy Corbyn machte aus dem geplanten Brexit-Triumphzug eine Abstimmung über die Zufriedenheit mit der konservativen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Das kostete den Tories ihre Mehrheit, May war zum Regieren auf die nordirische DUP angewiesen. Ohne klare Mehrheit im Unterhaus hätte das vielzitierte „nationale Interesse“ die Einbindung der Opposition in die Brexit-Verhandlungen zwingend geboten. Doch innerparteilich erforderte die fragile Lage das genaue Gegenteil. Die Ultra-Brexiters erachteten jedes Zugeständnis an die Realität als Akt des Verrats. Vom Beginn der Verhandlungen an orientierte sich May in ihren Aussagen an den Ultra-Brexitern: „No Deal“ sei besser als ein schlechter Deal, eine Zollunion mit der EU käme nicht in Frage, Großbritanniens Zukunft läge in Handelsverträgen mit dritten Staaten. May spiegelte rhetorisch den verqueren, wirtschaftsliberalen Wahn der „Brextemists“, in der Erwartung, sie damit im Boot halten zu können. Doch das Gegenteil erwies sich als wahr. Je mehr die Ultra-Brexiters meinten, den Kurs zu bestimmen, desto weniger waren sie bereit, Mays zwangsläufig notwendige Zugeständnisse an die Realität zu unterstützen. Obwohl diese Dynamiken grob unvernünftige Züge hatten, waren sie dennoch nicht gänzlich irrational. Auch wenn die Tories 2017 ihre Mehrheit verloren hatten – das einzige was sie überhaupt noch an der Regierung gehalten hatte, war der Brexit. Nur die Absorption des UKIP-Stimmenpools rettete die Konservativen davor, auf den Oppositionsbänken zu landen. Für viele konservative Abgeordnete war und ist die Zuspitzung der Brexit-Frage und ihre national-chauvinistischen Phrasen gegenüber Bürokraten in Brüssel und polnischen „Gastarbeiter“ die politische Lebensversicherung gegen eine Abwahl angesichts der katastrophalen sozialen Zustände im Land.

Hinzu kam eine 2017 nur vertagte, nicht vergessene Personaldebatte. May hatte schon nach der verlorenen Unterhauswahl in Aussicht gestellt, vor der nächsten Unterhauswahl zurückzutreten. Für ihren 2016 unterlegenen Rivalen Boris Johnson und einige andere konservative Minister waren die Brexit-Verhandlungen daher auch ein parteiinterner Dauerkampfkampf. Zentrales Beurteilungskriterium für die Festlegung der Regierungsposition war zu keinem Zeitpunkt, welches Verhandlungsergebnis wünschenswert oder durchsetzbar ist. Jeder noch so kleine Schritt wurde ausschließlich danach beurteilt, welche Auswirkungen diese oder jene Ankündigung im parteiinternen Machtgefüge haben könnte.

Mays Verhalten zeugt daher nicht nur von taktischem Ungeschick und politischen Fehlern, er trägt v.a. auch einem vom Brexit nur notdürftig überdeckten Krisenzustand ihrer Partei Rechnung: Die unerwartete Wahlniederlage von 2017 hat die Partei in einen Schockzustand versetzt, von dem sie sich bis heute nicht erholt hat. Die Tories haben keine Antwort, wie sie mit der radikalen Neupositionierung der Labour Party unter Jeremy Corbyn und der Popularisierung längst beerdigt geglaubter sozialdemokratischer Politiken umgehen sollen. Neben den, ans Pathologische grenzenden, Brexit-bezogenen Wahnvorstellungen einzelner Konservativer, ist der Brexit v.a. eine Projektionsfläche für einen Richtungsstreit inmitten politischer Ratlosigkeit.

ABWEHRSCHLACHT GEGEN DEN „KULTURMARXISMUS“

Diese Ratlosigkeit drückt sich in großen Teilen des Regierungslagers in der Brexit-Frage als Pragmatismus aus. Jede Lösung wird als akzeptabel gesehen, die nicht wirtschaftliches Chaos erzeugt und innerparteilich durchsetzbar ist: entscheidend ist, solange als möglich weiter zu regieren, als ob nichts wäre. Die Brextemists hingegen fordern einen deutlich akzentuierteren Kurs ein und setzen darauf, dass nur mit einer Polarisierung von Rechts der erfolgreichen Politik Corbyns entgegengetreten werden kann. Ende März sorgte die rechtskonservative Abgeordnete Suella Braverman für Empörung, als sie erklärte, Großbritannien befinde sich „in einer Abwehrschlacht gegen den Kulturmarxismus“, den Jeremy Corbyn verbreite. Der Begriff „Kulturmarxismus“ wurde u.a. von Anders Breivik verwendet und wird aufgrund seines verschwörungstheoretischen Gehalts und seiner ursprünglichen Bezugnahme auf die „Frankfurter Schule“ gemeinhin als antisemitisches Stereotyp betrachtet. Doch selbst unter Außerachtlassung dieses empörenden Aspekts ist die eingeschlagene Tonalität vielsagend. Die konservativen Ultras sehen sich in der Defensive gegen den um die Ecke lachenden Sozialismus und diese Defensive könne man nur durch Radikalität in der Sprache und das Pflegen bewährter Feindbilder – EU, Muslime, Russen – entgegentreten. Hinter ihrer harten Haltung beim Brexit steht auch die Überzeugung, dass ein Zurückweichen in dieser Frage verheerende wahltaktische Folgen hätte.

Selbstverständlich gibt es auch Brexiter mit einer flexibleren Haltung, v.a. in der Regierung und im engeren Zirkel aussichtsreicher Nachfolgekandidaten für Theresa May.

Sie sind bereit, den Austritt mitzutragen, um nach der Ablöse Mays in der zweiten Phase der Verhandlungen das Ruder in die Hand zu nehmen und der Wahnvorstellung von „Global Britain“ nachzujagen, in der Hoffnung sich damit über die nächsten Unterhauswahlen zu retten.

AUCH LABOUR RINGT UM EINHEIT

Aber auch in der Labour Party gibt es innerparteilich offene Rechnungen, die manche im Zuge der Brexit-Debatte begleichen wollen. Für großes Aufsehen sorgte die Abspaltung einer Gruppe von acht Labour-Abgeordneten, die sich mit drei konservativen Abweichlern als The Independent Group (TIG) formierten. Offizieller Vorwand für die Abspaltung war das Versagen des politischen Systems in der Brexit-Frage und Labours Umgang mit Antisemitismus-Vorwürfen in den eigenen Reihen. Tatsächlich ausschlaggebend dürfte gewesen sein, dass die einst aufgehenden Sterne am Firmament der blairistischen Labour Party keine Chance mehr sehen, die Resozialdemokratisierung ihrer Partei von innen heraus zu stoppen. Obwohl sich die TIG zunächst auferlegte, keine politischen Forderungen zu erheben, weil es nur um „Werte“ gehe, brach es aus prominenten Figuren wie Chris Leslie, vor Corbyns Wahl zum Parteichef Schatten-Finanzminister, heraus: Die Abschaffung von Studiengebühren sei Geldverschwendung, die Verstaatlichung der Eisenbahn unnötig und Corbyns friedenspolitische Ansichten ein Sicherheitsrisiko.

Doch auch die in der Partei verbliebenen Teile des innerparteilich geschwächten „alten“ Parteiestablishments versuchen, im Fahrwasser der Brexit-Debatte Terrain zurückzugewinnen. Tom Watson forderte mit der kaum verhohlenen Drohung, weitere Austritte aus der Parlamentsfraktion Richtung TIG könnten folgen, Zugeständnisse bei Posten im Schattenkabinett ein. 2015 hatte Corbyn v.a. Angehörige der bisherigen Parteielite in seiner Schattenregierung aufgenommen, doch waren diese 2016 beim Versuch Corbyn zu stürzen überwiegend zurückgetreten. Deren „Angebot“, nach dem überraschenden Wahlerfolg 2017 ins Schattenkabinett zurückzukehren, hatte Corbyn dankend abgelehnt.

Zentraler politischer Angriffspunkt ist Corbyns angeblich ambivalente Brexit-Position. Wie bei den Tories ist der Brexit dabei v.a. eine Projektionsfläche für tiefergehende innerparteiliche Auseinandersetzungen. Chuka Umunna, Sprecher und Initiator der TIG-Spaltung, hatte noch 2016

kritisiert, dass Corbyn und Labour nicht klar genug gegen die Personenfreizügigkeit das Wort geführt hatten. Einen Verbleib im EWR lehnte Umunna – nicht zuletzt wegen der damit verbundenen Personenfreizügigkeit – ab. 2017 forderte er plötzlich von der Parteispitze den Verbleib im EWR und Anfang 2019 erklärte er die mangelnde Unterstützung Corbyns für ein zweites Referendum zu einem wesentlichen Motiv für seinen Austritt. Die Verlagerung innerparteilicher Konflikte auf die Brexit-Frage ist dabei keineswegs unverständlich, wenn man bedenkt, wie populär Corbyns klassisch-sozialdemokratische Politikvorschläge nicht nur innerparteilich, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit geworden sind.

Während der Brexit also für manche nur ein willkommener Vorwand ist, inhaltliche Meinungsverschiedenheiten auf anderes Terrain zu verlegen, hat das Thema aber auch in der Sache selbst Spaltungspotenzial. Während viele Londoner Abgeordnete unter Druck stehen, ein zweites Referendum zu unterstützen, sehen viele nordenglische Abgeordnete aus Leave-Wahlkreisen darin ein massives Problem.

Corbyns vorsichtiger Kurs war jahrelang vom Versuch geprägt, ähnliche Grabenkämpfe wie bei den Tories zu verhindern und ist ihm das angesichts des bestehenden Konfliktpotenzials durchaus gelungen. Zuletzt schwenkte Labour jedoch auf die Pro-Referendums-Linie ein. Labour befürwortet nunmehr ein Referendum über einen Brexit-Deal, in dem das Volk nochmals zwischen dem letztlich verhandelten Deal und dem Verbleib wählen kann.

Dieses Zugeständnis konnte umso leichter erfolgen, als einerseits Mays Verzögerungstaktik jede Maßnahme rechtfertigt, um das Chaos zu verhindern; Und andererseits auch weiterhin keine Mehrheit für dieses Referendum absehbar ist. Nur eine Handvoll Tory Remainers unterstützt den Vorschlag. Rund 30 Labour-Abgeordnete, überwiegend nordenglische Corbyn-SkeptikerInnen – widersetzen sich trotz klarer Vorgabe der Fraktionslinie für ein Referendum zu stimmen. Damit scheint eine Mehrheit für ein Referendum vor Neuwahlen in unerreichbarer Ferne.

WIE GEHT ES WEITER?

Zwar hat das Parlament zuletzt die Kontrolle über den eigenen Zeitplan wiedererlangt, ein Ausweg aus dem Brexit-Desaster ist aber dennoch noch nicht abzusehen. In ei-

ner ersten Abstimmungsrunde, bei der alle Abgeordneten bis zu acht Vorschläge unterstützen konnten, fand kein Lösungsvorschlag eine Mehrheit. Bemerkenswert war dabei, die Abstimmungstaktik der verschiedenen Parteien. Die Labour-Spitze unterstützte alle Vorschläge, die eine klarere und engere wirtschaftliche Verknüpfung mit der EU und eine Garantie sozialer Rechte mit sich brachte: Neben dem eigenen Vorschlag einer Zollunion mit enger Anbindung an den Binnenmarkt unterstützte Labour auch den Vorschlag der (weniger weitgehenden) echten Zollunion, den (weitergehenden) Vorschlag eines Beitritts zum EWR und auch die Forderung nach einem zweiten Referendum. Während letzteres keine Chance auf eine Mehrheit hatte, wäre jedenfalls die Forderung nach einer Zollunion durchgegangen, hätten die schottischen Nationalisten und die TIG nicht überraschend gegen den bislang auch von ihnen unterstützten Vorschlag gestimmt.


In der letzten Phase des Brexit versuchen auch diese Kleinparteien maximal zu taktieren.

Entscheidend wird sein, ob dieses Taktiererei beim zweiten Abstimmungsdurchgang überwunden wird. Grundsätzlich besteht im Unterhaus eine Mehrheit für einen Austritt mit einer engen wirtschaftlichen Anlehnung an die EU. Selbst wenn sich diese Mehrheit verwirklicht, bleibt das weitere Prozedere fraglich. Das Parlament kann nicht direkt mit der EU verhandeln, ein Misstrauensantrag gegen die Regierung ist derzeit aber ebenso wenig greifbar, wie ein freiwilliges Einlenken von May.

Die Premierministerin ihrerseits will mit einem neuerlichen Manöver die Zustimmung des Unterhauses zum Austrittsdeal erreichen, doch scheint unwahrscheinlich, dass das gelingt. Die Ankündigung ihres Rücktritts bringt ihr zwar die Stimmen einiger Brexiteers, die darauf hoffen, selbst Premierminister werden zu können bzw. im Zuge der Regierungsumbildung aufzusteigen. Die Aussicht auf einen Ultra-Brexiteer als Premierminister macht eine Zustimmung einer ausreichenden Anzahl von Labour-Abweichlern aber noch unwahrscheinlicher.

Da weder die Regierung, noch die Opposition über eine arbeitsfähige Mehrheit verfügen, wäre sachpolitisch die Ausarbeitung eines „soft Brexit“ die naheliegendste Option. Würde May den Austritt aber durch Zugeständnisse an Labour erreichen, würde dies mit ziemlicher Sicherheit zu einer Vertiefung der konservativen Parteikrise und aller Wahr-

scheinlichkeit nach zu einer echten Parteisplaltung führen. Vollzieht sie hingegen in Anbetracht des Scheiterns ihres Deals einen „No-Deal-Brexit“ schadet das der Volkswirtschaft, würde die Partei aber deutlich weniger erschüttern.

In Hinblick auf Mays bisherige Strategie scheint ein No Deal praktisch gar nicht so absurd, wie er es inhaltlich tatsächlich ist. Weniger denn je scheint die Brexit-Krise ohne die Neubestimmung der politischen Kräfteverhältnisse im Parlament sinnvoll lösbar. 

LUDWIG DVOŘÁK
ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.



DAS ROTE WIEN
SIEDLUNG ROSENHÜGEL, SIEDLERARBEIT, 1921
© Wien Museum

Union der militärisch Fähigen und politisch Willigen

Der geplante Austritt Großbritanniens aus der EU hat auch Auswirkungen auf die Entwicklung der militärischen Dimension der Union. Durch den Wegfall des US-Verbündeten wurde in den letzten 30 Monaten eine Reihe weitgehender Beschlüsse erleichtert, die eine Militarisierung der EU begünstigen. Der Friedensforscher **Thomas Roithner** über den aktuellen Stand im EU-Match zwischen Zivil- und Militärmacht.

Die zeitliche Nähe zweier Weichenstellungen im Juni 2016 war eher zufällig, die Auswirkungen haben jedoch bis dato einen engen Zusammenhang. Am 23. Juni wurde in Großbritannien für den Austritt aus der EU votiert und am 28. Juni fand der Beschluss der EU-Globalstrategie (EU 2016) statt. Ein Jahr nach der Verabschiedung der Globalstrategie führte die hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini aus, dass „in diesem Feld in den letzten zehn Monaten mehr erreicht wurde als in den letzten zehn Jahren“ (Mogherini 2017, 5) und ein weiteres Jahr später wurde ein „rascher Fortschritt“ (EEAS 2018) festgestellt. Großbritannien hat zu weitgehende Autonomie der EU in Sicherheits-, Verteidigungs-, Rüstungs- und Militärfragen in den letzten Dekaden stets zurückgewiesen und blockiert, um der NATO und den USA eine aktive Rolle in Europa zu sichern. Die Globalstrategie hat mitunter EU-Hard Power angekündigt und ein Ausscheiden Großbritanniens bedeutet einen Abgang jenes Landes, welches Hard Power zwar wünscht, diese jedoch in transatlantischer Abhängigkeit verortet. Donald Trumps America first und seine Kritik an NATO und EU haben seit Jahresbeginn 2017 einer autonomen EU-Militär- und Rüstungspolitik zusätzlichen Antrieb gegeben. Geopolitische und geoökonomische Machtverschiebungen vom Atlantik zum Pazifik sowie die EU betreffende Migration haben deutlich mehr zur Versicherheitlichung beigetragen als zur Herausbildung ziviler Konfliktbearbeitungsmechanismen.

Dieser Beitrag skizziert die jüngste sicherheitspolitische Entwicklung und fokussiert dabei auf die (1) Auslandseinsatzpolitik, (2) rüstungsindustrielle und -politische Entwicklungen und die (3) engere Zusammenarbeit im Rahmen der EU.

MILITARISIERUNG ALS REAKTION AUF KRISEN

Katastrophen, Krisen und Kriege haben in den letzten 20 Jahren dafür gesorgt, dass sich die Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik der EU und der Mitgliedstaaten „weiterentwickelt“ hat. Mehrheiten in Politik, Militär und der Rüstungsindustrie sprechen von einer „Weiterentwicklung“ während kritische Stimmen eine „Militarisierung“ belegen. Der völkerrechtswidrige Kosovo-Krieg der NATO hat 1999 wenige Monate später zur Herausbildung einer 60.000 SoldatInnen starken EU-Eingreiftruppe geführt. Die Union sollte befähigt werden, „autonom Beschlüsse zu fassen“ und „EU-geführte militärische Operationen einzuleiten und durchzuführen“ (EU Rat 1999). Nicht abgeschlossen ist die Debatte, ob die EU künftig völkerrechtswidrig nach dem Kosovo-Modell Krieg führen soll und darf. Die Anschläge vom 11. September 2001 in den USA brachten auch auf dieser Seite des Atlantiks das sensible Verhältnis von Freiheit und Sicherheit erheblich durcheinander. Die Ablehnung des Nizza-Vertrages (EU 2001) durch Irland – die einzige Volksabstimmung zu diesem Vertrag – war ein ausschlaggebender Punkt, um ein sicherheitspolitisches Kerneuropa auf den Weg zu bringen. Dies sollte

EU-Militäreinsätze erleichtern. Die Terroranschläge von London und Madrid ließen die Verteidigungsagentur – vormals Rüstungsagentur genannt – operativ werden, und nicht wenige Krisen brachten die Forderung nach einer EU-Armee in die Schlagzeilen. Mit den Flüchtenden aus Syrien, Somalia, Irak oder Afghanistan kamen EU-weit die Sicherheitspakete. Beinahe jede Krise brachte unverhältnismäßig viel Versicherheitlichung, Aufwertung des Militärs und Überwachung, jedoch viel zu wenig Krisenprävention und ziviles Krisenmanagement. Krisen durch die Brille des Militärs und seiner Interessen zu betrachten, beengt das Denken von zivilen Ansätzen.

SPANNUNGSVERHÄLTNIS EU-USA

Diese Entwicklung eröffnete stets ein Spannungsfeld mit den USA, die den EU-Staaten – die meisten davon auch im NATO-Bündnis – Bedingungen zu diktieren versuchten: keine Abkopplung von den USA, kein EU-Gegenblock, keine Verdopplung sicherheitspolitischer Strukturen, keine Diskriminierung von NATO-Staaten ohne EU-Mitgliedschaft und die USA dürfen nicht zu Alleingängen gezwungen werden (Keller 2010, 212f). Das Ringen um sicherheitspolitische Autonomie begleitet den Integrationsprozess seit Jahrzehnten und zählt – mit veränderten Schwerpunkten – bis dato zu den zentralen Herausforderungen der EU. Gegenwärtig blickt die EU auf über 15 Jahre Erfahrung mit autonomen Militäreinsätzen zurück. Autonomie wird heute stark unter rüstungsindustriellen Gesichtspunkten debattiert und ob sich eine EU-Armee als „wahre europäische Armee“ (Vorstellung von Emmanuel Macron, Die Welt 2018) oder eine „echte europäische Armee“ (Vorstellung von Angela Merkel, Süddeutsche Zeitung 2018) präsentieren soll. Strategische Autonomie ist die Befähigung, „selbst außen- und sicherheitspolitische Prioritäten zu setzen und Entscheidungen zu treffen, sowie die institutionellen, politischen und materiellen Voraussetzung, um diese in Kooperation mit Dritten oder, falls nötig, eigenständig umzusetzen“ (Lippert, von Ondarza, Perthes 2019: 5). Autonomie wird im Wesentlichen als Militärprojekt verstanden.

Die EU-Staaten haben unterschiedliche außenpolitische Traditionen. Während heute 22 der 28 EU-Staaten ebenso NATO-Mitglieder sind, wurden 1995 drei neutrale Staaten EG-Mitglieder. Dazu kamen mit der EU-Osterweiterung 2004 Länder, die – mit Blick nach Osten – schneller in die NATO als in die EU wollten. Heute ist ein bunter Strauß von Außenpolitiken zu hören, die mit einer gemeinsamen Stimme sprechen sollten. Die Flüchtlingspolitik, die Konfliktlösung in Syrien, die Russland-Sanktionen, die Anerkennung von Palästina und Kosovo, das chinesische Seidenstraßenprojekt oder die Rolle von Atomwaffen zeigen, dass die gemeinsame Stimme in Teilen hochgradig kakophonisch klingt.

Frieden und Sicherheit entwickeln sich in Europa tendenziell zu einer institutionellen Monokultur. Dass die EU-Globalstrategie (2016, 16) in der NATO bei der kollektiven Verteidigung den primären Handlungsrahmen sieht, schmälert die Autonomiebestrebungen der EU vorerst nicht. Internationale Politik und die Suche nach Partnern für Abrüstung oder zivile Krisenprävention endet aber nicht an den politischen und geografischen Grenzen des „Westens“. Inklusiv wirkende Organisationen wie die UNO und die OSZE müssen wieder von einer zur Wahl stehenden Institution zu jenen Instanzen werden, die Hauptverantwortung für globale und regionale Sicherheit und Friedenspolitik tragen. Institutioneller Pluralismus umfasst beispielsweise darüber hinaus den Europarat oder die Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation und schließen Russland nicht aus.

Den Friedensnobelpreis erhielt die EU im Jahr 2012 u.a. für die „Verbrüderung der Völker“ (EU 2012). Die europäische Integration und die wirtschaftliche Entwicklung haben zweifellos dafür gesorgt, dass Deutsche und Franzosen nicht mehr aufeinander schießen. Heute steht die Frage im Raum, welche Instrumente nötig sind, dass Deutsche und Franzosen nicht gemeinsam auf andere schießen.

MILITÄRISCHE OPERATIONEN UND ZIVILE MISSIONEN

Militärische und zivile Auslandseinsätze sind seit 2003 ein sichtbares Zeichen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Aktuell verweist die EU auf 17 laufende und auf etwas mehr abgeschlossene Einsätze (EEAS 2019). Die räumlichen Schwerpunkte der etwa drei Dutzend Auslandseinsätze liegen in Afrika und am Balkan. In der Schnittmenge aus deutscher „Verantwortung“ und dem Teils neokolonialen Interventionsgeruch der französischen Afrikapolitik liegen auch hoch umstrittene EU-Militäreinsätze. Nicht wenige Auslandseinsätze der EU hatten und haben zumindest einen indirekten Zusammenhang mit der Sicherung von Ressourcen (EU-Marineinsatz am Horn von Afrika, EU-Militäreinsatz im Tschad oder Kongo, EU-Einsätze in Georgien oder Libyen), nur äußerst selten sind Ressourcenfragen im Mandat der Einsätze festgeschrieben.

Zwei Drittel der EU-Auslandseinsätze weisen einen zivilen Charakter auf, während ein Drittel Militäreinsätze gezählt werden. Allerdings sind über ein Dutzend der zivilen Einsätze mit einem Personalkontingent von weniger als 100 Personen ausgestattet. Dies führt zum Umstand – manche Einsätze unterliegen einer hohen Personalschwankung –, dass rund 80 % des insgesamt eingesetzten Personals Militärs sind. Das Zivilpersonal in den EU-Einsätzen besteht zu einem bedeutenden Teil aus Polizei und unbewaffneten Militärs. Ob speziell ausgebildete ZivilistInnen oder unbewaffnete Militärs in Konfliktbearbeitungsprozessen aktiv sind – Ausnahmen bestätigen die Regel – ist nicht unerheblich. Eine Zivilmacht legt eine Umkehr der Prioritätensetzung bei Personal und Finanzierung zugunsten ziviler Einsätze zwingend nahe.

Der Begriff „Verteidigung“ wurde im Kontext der EU-Militäreinsätze in Teilen zu einem Orwell'schen Begriff und steht nicht selten für militärisches Eingreifen. Die EU-Sicherheitsstrategie (2003, 8) sah schon vor 15 Jahren bei den neuen Bedrohungen „die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen.“ Nicht ohne Grund meinte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, die EU „hat die Dimension eines Imperiums“ (Crolly, Wergin 2007). Es ist keine akademische Fingerübung, Sicherheit und Frieden differenziert zu betrachten. Sicherheit wird als Zustand beschrieben, in dem sich Akteure nicht von ernststen Gefahren bedroht fühlen. Frieden in seiner umfassenden Bedeutung geht über direkte Gewalt hinaus und schließt soziale, wirtschaftliche, ökologische, demokratiepolitische, verteilungspolitische oder kulturelle Fragen samt der Bearbeitung von Gewaltstrukturen und ihrer Rechtfertigung

mit ein (Galtung 1975). Das Wort Krieg verschwindet – sofern der Westen als Teilnehmer auftritt – aus dem EU-offiziellen Sprachgebrauch. Stattdessen werden Begriffe wie „militärisches Krisenmanagement“, „Stabilisierungseinsatz“, „Operation“, „peace enforcement“ oder auch die „humanitäre Intervention“ gebraucht (Roithner 2017, 29). Die politische Wegstrecke von Immanuel Kants „ewigem Frieden“ zur heutigen EU ist mittlerweile lang geworden.

Die EU-battle groups trainieren u. a. für Kampfeinsätze in Wüsten, Hochgebirge, Städten und Dschungel (Quille 2006). Der EU-Rat 2009 hat ausdrücklich festgehalten, dass „battle groups“-Operationen „vorstellbar sind, bei denen der UN-Sicherheitsrat nicht als notwendig erachtet wird“. Die battle groups wurden 2005 geschaffen, aber seither aufgrund politischer und finanzieller Uneinigkeit nie eingesetzt. Jeder EU-Staat hat derzeit eine Vetomöglichkeit. Im Juni 2017 wurde beschlossen, dass die Stationierung der battle groups als gemeinsame Kosten zu betrachten sind und nicht jene Staaten für die Stationierung aufkommen, deren Truppen zum Einsatz kommen (EU Rat 2017 d).

MILITÄRKAPAZITÄT STATT ZIVILE RESSOURCEN

Stets betont die EU ihre zivilen und militärischen Einsatzmöglichkeiten. Die Praxis zeigt eine Asymmetrie zugunsten des Militärs. Selbst das EU-Parlament (2009, 43) legt dar, „dass – wegen der Tatsache, dass der Schwerpunkt hauptsächlich auf die militärische Dimension der ESVP gelegt wird – im Bereich der zivilen Fähigkeiten und der Konfliktverhütung Fortschritte viel zu langsam erreicht werden“. Ein Vorstoß vom November 2018 für zivile Kapazitäten und zivile Auslandseinsätze (Civilian Compact) bleibt deutlich hinter den Möglichkeiten zurück.

„Unsere Interessen und Werte gehen Hand in Hand“, führt die Globalstrategie der EU (2016, 13) aus. Nicht selten setzen sich Wirtschafts-, Energie- und Geopolitik-Interessen gegen europäische Werte durch. Wirtschaftsinteressen wiegen zumal schwerer als die Unterstützung regional überlebensfähiger Wirtschaftskreisläufe in Ländern des globalen Südens (Reuß 2019). Augenscheinlich ist der Widerspruch zwischen Werten und Interessen im Fall von Rüstungsexporten. Das wirtschaftliche Interesse steht der Propagierung von Menschenrechten immer wieder entgegen. Die Politik der doppelten Standards spielt bei der Glaubwürdigkeit des europäischen Projekts eine besondere Rolle (Roithner 2017, 91).

Weniger als sechs Monate wurden nach dem Brexit-Referendum benötigt, um Grundlagen für ein EU-Hauptquartier zu schaffen. Im Juni 2017 wurde der MPCC – der militärische Planungs- und Koordinierungsstab für EU-Auslandseinsätze – beschlossen. Seit Jahren hatten sich wesentliche Teile der politischen und militärischen Eliten ein EU-Kommandozentrum gewünscht. Dem MPCC geht es – zumindest vorerst – um EU-Auslandseinsätze wie jene in Mali, Zentralafrika oder Somalia (EU Rat 2017 c).

Außenpolitik und Auslandseinsätze sind nicht nur eine Aufgabe von Staaten, Bündnissen, Ministerien oder Militärs. Ein Modell für Gewaltprävention und Friedensförderung auf zivilgesellschaftlicher Ebene sind zivile Friedensfachkräfte. Professionell ausgebildete Fachkräfte wirken direkt und mit gewaltfreien Instrumenten an der Bearbeitung von Konflikten mit und stärken eine zivile Präventionsagenda. Der Zivile Friedensdienst in Deutschland hat seit seiner Gründung 1999 rund 1400 Fachkräfte in knapp 60 Länder entsandt. Österreich wäre als neutraler Staat mit einem Standort von UNO und OSZE prädestiniert (Roithner / Hämmerle 2017), um einen Österreichischen Zivilen Friedensdienst einzuführen und diesem auf EU-Ebene eine Verankerung zu verleihen.

EU-RÜSTUNGSPOLITIK

Die abgelaufene Dekade war von unterschiedlichen Appellen zur Aufrüstung geprägt. Dem EU-Vertrag von Lissabon (EU 2007) ist zu entnehmen, die Mitgliedstaaten „verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“. Beim EU-Ratsgipfel im Dezember 2013 wurden ferngesteuerte Flugsysteme, Luftbetankung und Satellitenkommunikation gefordert (EU 2013, 5f.). Die seinerzeitige hohe Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, hat die EU-Strategie medial erläutert: „Wer Frieden will, muss sich rüsten“ (Der Standard, 20.12.2013).

Die EU-Globalstrategie (2016, 45) schreibt fest: Es „müssen die Mitgliedstaaten Mittel in ausreichender Höhe für Verteidigungszwecke bereitstellen“ und es wird vertieft: Es „benötigen die Mitgliedstaaten bei den militärischen Spitzenfähigkeiten alle wichtigen Ausrüstungen (...). Dies bedeutet, dass das gesamte Spektrum an land-, luft-, weltraum- und seeseitigen Fähigkeiten (...) zur Verfügung stehen muss“.

Besonders in der EU-Rüstungspolitik bildet das britische Referendum im Juni 2016 einen Katalysator. Im No-

vember 2016 hat die EU-Kommission den Europäischen Verteidigungs-Aktionsplan vorgeschlagen. Dieser soll den EU-Rüstungsmarkt stärken und Kosten sparen helfen. Die „unzureichende Zusammenarbeit der Industrie und die mangelnde Interoperabilität“ sollen dadurch aufgelöst werden, indem der Rüstungsindustrie Mittel zur Verfügung gestellt werden. Eine Ursache der mangelnden Kooperation war nationaler Protektionismus. Jeder EU-Staat schützt die eigene Rüstungsindustrie und setzt damit den sonst so hoch gehaltenen freien EU-Binnenmarkt außer Kraft.

Im Juni 2017 wurde der European Defence Fund von der EU-Kommission präzisiert. Das Ziel ist, „den Mitgliedstaaten zu helfen, das Geld der Steuerzahler effizienter auszugeben“ (European Commission 2017 a), wobei unbemannte Systeme, Satelliten, Marine und Drohen einen Schwerpunkt bilden (EC 2017 a). Für den Finanzrahmen 2021 – 2027 sind für den EU-Rüstungsfonds 13 Mrd. Euro budgetiert (EC 2018 a). Der Fund umfasst Forschungsgelder von 4,1 Mrd. und ein Entwicklungsbudget von 8,9 Mrd. Die EU-Kommission (2017 b) verlangt, dass entsprechende Beiträge in den nationalen Budgets eingestellt werden. Die Rüstungsforschung der kommenden Budgetperiode soll zu 100 % aus dem EU-Budget finanziert werden und die Entwicklungskosten für Rüstungsgüter zwischen 20 und 80 % (EC 2018 a). Für die offenen Teile der Entwicklungskosten kommen die Mitgliedstaaten auf. Die EU-Kommission gibt Gesamtinvestitionen von 50 Mrd. Euro an (EC 2018 b, 2). Bedeutend ist, dass Rüstungsausgaben erstmals Teil des EU-Budgets sind. Der EU-Kommission ist die Anmerkung wichtig, dass das EU-Budget für Rüstung kein Rüstungsbudget, sondern ein Industriebudget sei. Der EU-Vertrag von Lissabon verbietet Maßnahmen mit militärischen und verteidigungspolitischen Bezügen, sodass Rüstung als Industrie- und Wettbewerbsförderung gedeutet wird. Das Instrument dient der strategischen Autonomie der EU.

Ein ebenso neuer Posten im EU-Budget 2021 – 2027 ist die Military Mobility. Unter diesem Titel stehen 6,5 Mrd. Euro zur Verfügung, um die Infrastruktur (z.B. Straßen, Bahnlinien, Brücken) für den Transport von Rüstungsgütern quer durch die EU tauglich zu machen (EC 2018 a). Die European Peace Facility (EPF) in der Größenordnung von 10,5 Mrd. Euro ist ein off-budget der EU und nicht im Finanzrahmen gelistet. Finanziert werden mit diesem Instrument u.a. weltweite Militäreinsätze von Dritten, die im Interesse der EU sind, wobei damit Truppen, deren Infrastruktur und militärische technische Hilfe bezahlt werden können (EC 2018 a, 2). Programme zur

Rüstungsforschung und Rüstungsentwicklung dürfen künftig auch auf die Mittel des allgemeinen Forschungsrahmenprogrammes Horizon Europe zugreifen (EC 2018 b, 2).

Deutsche und französische Rüstungskonzerne haben gemeinsame Pläne entwickelt. Der Wegfall der britischen Konkurrenz macht diese noch leichter realisierbar. Angela Merkel und Emmanuel Macron kündigten im Juli 2017 einen neuen deutsch-französischen Kampfjet (Die Zeit 2017) und eine Eurodrohne (Der Spiegel 2017) an. Auch ein in Europa zur Dominanz kommender deutsch-französischer Kampfpanzer (Die Zeit 2017) ist in Debatte. Neue EU-Konzentrationsprozesse zeichnen sich für die Marine ab. Diskussionen über europäische Dominanz sind all inclusive, denn es geht um die Unabhängigkeit der EU von der US-Rüstungsindustrie und volle Auftragsbücher zuvorderst für Deutschland und Frankreich. Formal ist die von Frankreich gestartete Europäische Interventionsinitiative von der EU unabhängig. Diese Initiative setzt nicht auf eine breite Beteiligung, sondern auf Entschlossenheit. Dies beinhaltet gemeinsame Militärdoktrinen. Frankreich hat neben Deutschland, Großbritannien, Belgien, Spanien, Portugal, Dänemark, Niederlande und Estland im Juni 2018 die Planungen begonnen. Großbritannien ist Teil der Interventionsinitiative, nicht jedoch von PESCO. Deutschland sieht seine nationalen Interessen im PESCO-Rahmen, weniger jedoch in Initiativen außerhalb des EU-Rahmens.

Die Entstehung des Rüstungshaushalts für die kommenden Jahre war in den EU-Staaten und EU-Institutionen ein kreativer Prozess. Ein Teil des EU-Rüstungsbudgets firmiert unter dem Titel Wettbewerbs- und Industrieförderung (EDF), ein zweiter Teil des Rüstungsbudgets gilt als off-budget (Peace Facility) und ein dritter Teil der Rüstungspläne ist außerhalb von EU-Strukturen geplant (Interventionsinitiative). Die Transparenz lässt grüßen. Staatsschulden zur Erhöhung der Sozial-, Bildungs- und Umweltbudgets sind verpönt. Schulden zum Kauf von Waffen werden hingegen salonfähig und bestehende Regeln werden kreativ ausgenutzt. Der Bevölkerung werden Rüstungsausgaben durch Arbeitsplätze schmackhaft gemacht.

Bei Waffenexporten lagen die USA in der Periode 2014 – 2018 mit einem Anteil von 36 % an der Weltspitze, gefolgt von den EU-Staaten (27 %), Russland (21 %) und China (5,2 %) (SIPRI 2019, 3). Von den zehn größten Waffenexporteuren lagen im Vergleichszeitraum sechs in der EU (Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Spanien, Italien, Niederlande).

MILITÄRISCHES KERNEUROPA

Im März 2017 hat Jean-Claude Juncker das Weißbuch zur Zukunft Europas vorgestellt und präsentiert darin fünf Szenarien („Weiter wie bisher“, „Schwerpunkt Binnenmarkt“, „Wer mehr will, tut mehr“, „Weniger, aber effizienter“, „Viel mehr gemeinsames Handeln“). In der Sicherheitspolitik wird von vielen Akteuren eine kerneuropäische Entwicklung bevorzugt. Die österreichische Regierung wünscht das Szenario „Weniger, aber effizienter“, wobei die Sicherheitspolitik mehr und effizienter werden soll. Das bedeutet, dass sich die Unterschiedlichkeiten der Szenarien als Deckungsgleichheit darstellen. Sowohl das Modell Kerneuropa als auch die Subsidiarität plädieren für mehr Muskeln. Beide Szenarien erlauben die Umsetzung von militärischem Schutz der Außengrenzen, Sicherheitsapparaten gegen Migration (Frontex), EU-Trainings der teils autoritären Sicherheitsapparate in Afrika oder law and order gegen Rechtsbrecher am Horn von Afrika. Die Überschriften für diese Aufgaben finden Unterstützung von Emmanuel Macron, Angela Merkel über Jean-Claude Juncker bis Sebastian Kurz, Heinz-Christian Strache und Matteo Salvini.

Das sicherheitspolitische Kerneuropa ist im Vertragswerk seit 2007 in Form von zwei Modellen verankert: die Beauftragung einer Staatengruppe oder eine Ständig Strukturierter Zusammenarbeit (SSZ) (Vertrag von Lissabon, Artikel 42.5, 42.6.). Zehn Jahre später hat diese SSZ im Jahr 2017 die Abkürzung PESCO (Permanent Structured Cooperation) erhalten. PESCO plant mit einer „regelmäßigen realen Aufstockung der Verteidigungshaushalte“ (EU Rat 2017 b). Damit politisch und finanziell niemand zurückbleibt, gibt es nationale Umsetzungspläne und eine Koordinierte Jährliche Überprüfung der Verteidigung (CARD) (EU Council 2017).

Eine Eurodrohne, die Geheimagentenschule, EU-Kampfhubschrauber und über ein Dutzend weitere Projekte für Rüstung und neue Waffensysteme wurden im PESCO-Rahmen im November 2018 beschlossen. Die erste Tranche an PESCO-Projekten – darunter die militärische Mobilität oder die Euro-Artillerie – wurde im März 2018 angenommen (EU Council 2018). Die EU-Mitgliedstaaten realisieren nunmehr knapp drei Dutzend im Wesentlichen militärischer Projekte in Staatengruppen.

Außenpolitische Uneinigkeit durch militärische Gestaltungsansprüche zu übertünchen ist langfristig im günstigen Fall wirkungslos, im schlimmsten Fall gefährlich. Staaten am kerneuropäischen militärischen Abstellgleis haben in Teilen


des Politikfeldes ihr Stimm- und Mitspracherecht verloren. Das Kerneuropa der Sicherheit stellt sich als autoritäre Vertiefung der EU dar. Die politisch Willigen und militärisch Fähigen geben den Ton an, wenngleich es für Militäreinsätze die Zustimmung aller EU-Staaten braucht. Das Ziel der engeren Zusammenarbeit im EU-Sicherheitsbereich ist nicht die Überwindung der Nationalstaaten, sondern deren Hierarchisierung (Roithner 2018 a, 49). Deutschland und Frankreich legen Kriterien und Ausgestaltung der Zusammenarbeit vor und stärken diese durch ihr finanzielles und politisches Gewicht. Sind die nationalen Interessen in Berlin und Paris deckungsgleich, so gelangen diese zur Umsetzung. „Handlungsfähigkeit“, „gemeinsames Intervenieren“ und ein gemeinsamer „Ansatz für Rüstungsexporte“ stehen zudem im sicherheitspolitischen Zentrum des neuen deutsch-französischen Freundschaftsvertrages (2019, 6).

Die Kriterien von Kerneuropa orientieren sich am Militärischen. Alternativ wird hier ein offenes und ziviles Kerneuropa vorgeschlagen (Roithner 2015, 27). EU-Staaten, die im zivilen Bereich ein schnelleres Tempo wünschen, brauchen staatliche und nichtstaatliche Partner innerhalb wie außerhalb der EU. Partner ergeben sich aus den Aufgabenfeldern: zivile Krisenprävention, Versöhnung, Vermittlungstätigkeit, ziviles Krisenmanagement, Unterstützung und Initiierung von Abrüstung, Begleitung von Friedensprozessen, vertrauensbildende Maßnahmen, konfliktssensitive Berichterstattung oder nichtmilitärische Konfliktnachsorge. Dieses zivile Kerneuropa pflegt eine enge Kooperation mit internationalen Organisationen, wird durch die Zivilgesellschaft sowie Forschung unterstützt und von Medien kritisch begleitet. Eine Basis des zivilen Kerneuropa ist das völkerrechtlich geregelte Gewaltverbot.

ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Das Brexit-Referendum hat bislang beispiellos rasante Entwicklungen in der Sicherheits-, Militär- und Rüstungspolitik ausgelöst. Die Entscheidung zwischen Zivilmacht und Militärmacht ist nicht mehr Kern der Debatte, sondern ob sich die EU-Staaten auf dem Weg zu einer EU-Armee deutscher oder/und französischer façon bewegen. In 30 Monaten nach dem Referendum hat sich ein Konsens der EU-27 zu einem Rüstungsfonds (EDF) samt Überprüfungsmechanismus (CARD), einem vorerst begrenzten Hauptquartier für EU-Einsätze (MPCC), einem militärischen Schengen, einem Finanzierungsmechanismus für Militäreinsätze Dritter (EPF), verbesserten Möglichkeiten für EU-„battle groups“ und eine Liste mit

knapp drei Dutzend Militär- und Rüstungsprojekten im Rahmen der engeren Zusammenarbeit von 25 EU-Mitgliedern (PESCO) herausgebildet. Das sicherheitspolitische Kerneuropa macht die EU nicht demokratischer, sondern autoritärer und militärischer. Die Projekte können trotz außenpolitischer Uneinigkeit als Wegmarken in Richtung einer gemeinsamen Armee verstanden werden. Die zivilen Bereiche der Sicherheitspolitik finden vergleichsweise wenig Aufwertung. Das Bündel an Maßnahmen ist ein vermeintlicher Sicherheitsgewinn, aber kein Friedensprojekt.

Die Konzepte und friedenspolitischen Traditionen der Neutralität und Blockfreiheit von Österreich, Irland, Schweden, Finnland, Malta und Zypern gewinnen kaum Gewicht, um zentrale Komponenten einer sich entwickelnden EU-Armee in Frage zu stellen. So bleiben interessante Ansätze (z.B. Verbotvertrag für Atomwaffen oder Entminung in Syrien) nationalstaatlich oder außerhalb des EU-Rahmens. Maßnahmen zu einer umfassend verstandenen Stärkung des UN-Gewaltverbots, konventioneller wie nuklearer Abrüstung finden in der EU zu keinen verbindlichen Beschlüssen. Im Falle Österreichs ist nicht nur die Neutralitätspolitik, sondern im Zuge der Tendenz zur Abschaffung des Vetorechts das Neutralitätsgesetz berührt. EU-Rüstungsautomatismen und die permanente Beteiligung an EU-Militäreinsätzen schränken darüber hinaus die Möglichkeiten ein, international vertrauensbildend zu wirken und glaubwürdige Brücken in Zeiten globaler Machtübergänge zu bauen. 

THOMAS ROITHNER

ist Friedensforscher und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Wien, www.thomasroithner.at Dieser Beitrag erscheint als vollständige Langfassung in „Kurswechsel 1/19“.

Literatur

- Bundesrepublik Deutschland, Französische Republik, 2019: Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration, Berlin
- Crolley Hannelore / Wergin Clemens, 2007: Warum José Manuel Barroso die EU so sehr liebt, in: Die Welt, 17.10.2007, Berlin
- Der Spiegel, 2017: Merkel bei Macron. Frankreich und Deutschland wollen Kampfjet entwickeln, 13.7.2017, Hamburg
- Die Welt, 2018: Macron fordert Bildung einer „wahren europäischen Armee“, 6.11.2018, Berlin
- Die Zeit, 2017: Deutschland und Frankreich wollen gemeinsamen Kampfjet entwickeln, 13.7.2017, Hamburg
- Europäische Kommission, 2017: Weißbuch zur Zukunft Europas, Brüssel
- Europäische Union, 2012: Europäische Union erhält Friedensnobelpreis 2012, <https://europa.eu>, Brüssel
- European Union, 2003: A Secure Europe in a Better World, European Security Strategy, Brussels
- European Union, 2001: Vertrag von Nizza, Brussels
- European Union, 2007: Consolidated versions of the Treaty on European Union, Lisbon, Brussels
- European Union, 2016: Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe, Brussels
- European Union, Council, 2009: EU battlegroups, July 2009, Factsheet, Brussels
- European Union, Council, 2013: Conclusions, 20.12.2013, Brussels
- European Union, Council, 2018: Permanent Structures Cooperation (PESCO), 19.11.2018
- European Union External Action Service (EEAS), 2018: EU Global Strategy: Year 2, Brussels
- European Union External Action Service (EEAS), 2019: Military and civilian missions and operations, Brussels
- Europäische Union, Rat, 1999: Schlussfolgerungen des Vorsitzes: 10./11.12.1999, Brüssel
- Europäische Union, Rat, 2017 a: Schlussfolgerungen des Rates zur Sicherheits- und Verteidigung im Kontext der Globalen Strategie der EU, 13.11.2017, Brüssel
- Europäische Union, Rat, 2017 b: Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich, 13.11.2017, Brüssel
- Europäische Union, Rat, 2017 c: EU-Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich: Rat beschließt militärischen Planungs- und Durchführungstab (MPCC), 8.6.2017, Brüssel
- Europäische Union, Rat 2017 d: Schlussfolgerungen zu Sicherheit und Verteidigung, 22.6.2017, Brussels
- European Commission (EC), 2017 a: A European Defence Fund: € 5.5 billion per year to boost Europe's defence capabilities, 7. June, Brussels
- European Commission (EC), 2017 b: Fact Sheet. The European Defence Fund, 7 June 2017, Brussels
- European Commission (EC), 2018 a: EU Budget for the Future. The European Defence Fund, 13 June 2018, Brussels
- European Commission (EC), 2018 b: EU Defence Research – European Defence Fund (EDF), Austrian Presidency, European Defence Agency
- Galtung Johan, 1975: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbeck bei Hamburg
- Keller Patrick, 2010: Vom Skeptiker zum Förderer? Die US-amerikanische Haltung gegenüber der GASP/ESVP, in: Epping Volker, Lemke Christiane, Baluch Alim (Hrsg.): Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Münster, 207-241
- Lippert Barbara, von Ondarza Nicolai, Perthes Volker (Hg.), 2019: Strategische Autonomie Europas. Akteure, Handlungsfelder, Zielkonflikte, SWP-Studie 2, Berlin
- Mogherini Federica, 2017: Foreword, in: EU: From Shared Vision to Common Action: Implementing the EU Global Strategy. Year 1, Brussels
- Quille Gerrard, 2006: The EU Battlegroups, European Parliament, Directorate-general for External Policies of the Union, Brussels
- Reuß Anna, 2019: Wie die EU Fischern die Lebensgrundlage nimmt, in: Süddeutsche Zeitung, 6.3.2019, München
- Roithner Thomas, 2017: Märkte, Macht und Muskeln. Die Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik Österreichs und der EU, Wien
- Roithner Thomas / Pete Hämmerle, 2017: Fachkräftemangel. Ein Vorschlag für zivile Friedensfachkräfte in Österreich als neues Außenpolitikinstrument, in: International. Zeitschrift für internationale Politik, III/2017, Wien, 19-21
- Roithner Thomas, 2018 a: Sicherheit, Supermacht und Schießgewähr. Krieg und Frieden am Globus, in Europa und Österreich, Wien
- Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), 2019: Trends in international Arms Transfers, SIPRI Fact Sheets March 2019, Solna
- Süddeutsche Zeitung, 2018: Merkel plädiert für „echte europäische Armee“, 13.11.2018, München



DAS ROTE WIEN
FRANZ BARWIG DER ÄLTERE, JÜNGLING, CA. 1924
Bronze
© Wien Museum

Vom Kleinen zum Großen

Im Frühjahr 2020 stehen auch in der Steiermark Gemeinderatswahlen an. Der stv. Landesgeschäftsführer der SPÖ Steiermark, **Wolfgang Moitzi**, zeigt anhand konkreter Beispiele auf, wie weitreichend die Bedeutung sozialdemokratischer Kommunalpolitik für die Lebensqualität von Menschen, aber auch für die Zukunftsfähigkeit der Partei ist.

Gemeindepolitik ist oft von Klischees geprägt. Viele nehmen sie als Alltagsverwaltung wahr, eine Politikebene, für die man sich erst interessiert, wenn man sich über die Straßensanierung nebenan ärgert. Es ist nicht zu leugnen, dass Kommunalpolitik aus vielen Routinetätigkeiten besteht, dass sich GemeindepolitikerInnen um viele, viele kleine Dinge kümmern, die oft als selbstverständlich gesehen werden und erst auffallen, wenn sie nicht wie gewohnt funktionieren.

Aber Kommunalpolitik kann auch viel mehr sein. Wer und wie Gemeinden verwaltet und gestaltet werden, ist entscheidend für die unmittelbare Lebensqualität, für die regionale Entwicklung, für die Organisation des Zusammenlebens. Kommunalpolitik hebt nicht die Welt aus den Angeln. Aber sie kann Hinweise geben, wie sie aus den Angeln gehoben werden könnte. Gemeindepolitik kann im Kleinen vorleben, wie unser Zusammenleben, wie unsere Gesellschaft auch im Großen verändert werden kann. Kommunalpolitik ist gelebte Praxis, umso mehr eignet sie sich dafür auch zu zeigen, was unsere Grundsätze konkret bedeuten.

SOLIDARITÄT UND ZUSAMMENLEBEN

Denn in der Kommunalpolitik zeigt sich sehr lebensnah, welche Art von Gesellschaft wir wollen. Wollen wir einen Nachtwächterstaat, in dem jeder für sich und alle nebeneinander herleben, in der nur das Notwendigste gemeinsam erledigt wird? Oder wollen wir eine Gesellschaft, die aufeinander schaut, die ein Zusammenleben aktiv gestaltet und allen

BürgerInnen Leistungen zur Verfügung stellt, um das Leben leichter und solidarisch zu meistern?

Das beginnt bei der Frage, ob es Kindergärten gibt und wie lange sie geöffnet haben, reicht von der organisatorischen und baulichen Gestaltung der Pflichtschulen über die Anlage und Pflege von Spielplätzen und Familienangeboten, der Bereitstellung von öffentlichem Verkehr und sonstiger Infrastruktur bis hin zur Pflegeangeboten vor Ort. Es spricht die Förderung von bedarfsorientiertem Wohnbau ebenso an, wie die Gestaltung eines inklusiven Gemeindelebens, das den Zusammenhalt stärkt, ohne die Autonomie des Einzelnen zu beschränken.

REGIONALE ENTWICKLUNG

Gerade in der Steiermark, aber auch in vielen anderen Teilen Österreichs haben diese Fragen auch für die Regionalentwicklung wachsende Bedeutung. Österreichs Städte wachsen. Von Wien über Graz bis Linz zeigen die großen Ballungszentren Wachstumswahlen, die für diese Gemeinden nicht nur positiv sind, sondern auch – teilweise nur schwer lösbare – Herausforderungen darstellen. Wiens Stadtpolitik weist zu recht darauf hin, dass die Bundeshauptstadt jährlich um die EinwohnerInnenzahl einer größeren niederösterreichischen Bezirkshauptstadt wächst. Die Bereitstellung von leistbarem Wohnraum und der nötigen Infrastruktur ist bei steigenden Bodenpreisen und in Zeiten knapper öffentlicher Budgets besonders schwer. Das sieht man auch in Graz.

Aktive Kommunalpolitik ist daher auch ein wichtiger Beitrag für eine sinnvolle Regionalentwicklung. Zahlreiche Beispiele, etwa in der Obersteiermark, zeigen, dass Abwanderungstendenzen gestoppt werden können, wenn die öffentliche Hand Geld in die Hand nimmt, um zukunftsorientiert zu investieren. Gemeinden wie Trofaiach oder auch Spielberg konnten durch gezielte Investitionspolitik einen jahrelangen Trend umkehren. Denn viele Jüngere bleiben gerne in der Region oder kehren nach einigen Jahren in Graz oder Wien wieder zurück, wenn sie daheim eine brauchbare Infrastruktur vorfinden, die es ihnen ermöglicht, die Gründung einer Familie mit stabilen Einkommen und hoher Lebensqualität zu verbinden. Klar ist freilich, dass es dafür entsprechende finanzielle Rahmenbedingungen und öffentliche Investitionen für die Gemeinden braucht.

AKTIVE BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK

Die vom früheren SPÖ-Sozialminister Stöger initiierte „Aktion 20.000“ wäre ein echter Turbo für eine solche zukunftsorientierte Politik gewesen und das in gleich mehreren Dimensionen. Wer über 50 arbeitslos wird, hat es trotz guter Arbeitsmarktentwicklung sehr, sehr schwer, dass ihm ein Unternehmen jemals wieder eine Chance gibt. Hier hätte die Aktion 20.000 eingesetzt: Mit Förderung des AMS hätten Gemeinden und gemeinnützige Träger Langzeitarbeitslosen über 50 eine Perspektive gegeben, die es am freien Arbeitsmarkt nicht gibt. Und sie hätte den Gemeinden in größerem Rahmen Spielräume gegeben, trotz knapper Budgetmittel ihre soziale Infrastruktur zu stärken. Im Nationalratswahlkampf 2017 habe ich für die Obersteiermark das Konzept der Österreich-Cafés entwickelt. Als lokale Beschäftigungsprojekte sollten sie nicht nur sicherstellen, dass Gemeinden soziale Treffpunkte haben, sondern auch Dienstleistungen wie Lebensmittelhandel oder Postdienstleistungen zur Verfügung stellen. Statt für die unverschuldete Arbeitslosigkeit stigmatisiert zu werden, hätten langzeitarbeitslose Über-50-Jährige dem Gemeinwohl gedient. Statt beim AMS eine eng bemessene Arbeitslosenunterstützung abzuholen, hätten sie einen kollektivvertragskonformen Mindestlohn verdient. Aber die Bundesregierung hat einen anderen Weg vorgezogen: Statt Einkommen und Würde für ältere Arbeitslose fantasiert sie heute über Zwangsarbeit und Stundenlöhne von ein Euro fünfzig. Manche Gemeinden konnten durch frühzeitige Einreichung der Abschaffung zuvorkommen – und zeigen im minimalen Maßstab, wie aktive Beschäftigungspolitik dafür genutzt werden kann, das Leben aller zu verbessern.

KLIMASCHUTZ UND MOBILITÄT

Die Zerstörung der Lebensbedingungen auf unserem Planeten ist eines der akutesten Zukunftsthemen unserer Zeit. Seit Wochen gehen tausende SchülerInnen, auch in der Steiermark, auf die Straße, um die Verantwortung der Politik einzufordern, gegen die drohende Klimakatastrophe endlich etwas zu unternehmen. Natürlich wird die Kommunalpolitik sie nicht stoppen. Aber die Gemeindepolitik hat mehrere Hebel in der Hand, um aufzuzeigen, was wir tun können und es aktiv vorzuleben. Denn das Klimapolitik auch Sozialpolitik ist, zeigt sich gerade auch auf lokaler Ebene. Viele PendlerInnen sind derzeit auf ihr Auto angewiesen, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen und auch in ihrer Heimatgemeinde mobil zu sein. Wer sich kein Auto leisten kann oder nicht mehr damit fahren kann oder will, ist vom Aussterben der Innenstädte unserer Gemeinden besonders betroffen und wird auch sozial ausgeschlossen. Raumplanung und Mobilität sind daher zentrale sozialpolitische Fragen. In Trofaiach hat die SPÖ mit einem Entwicklungskonzept für die Innenstadt ein auch medial vielbeachtetes Konzept umgesetzt, um die Innenstadt zu beleben. Mit einem City-Bus, einem „G'meinbus“-Taxi-Konzept und der Verdichtung der Busintervalle zwischen Trofaiach und Leoben wurde der öffentliche Verkehr maßgeblich attraktiviert. Mit der „Nightline“ hat die Obersteiermark gemeindeübergreifend ein nächtliches Öffi-Angebot entwickelt, das Jugendlichen ein sicheres Heimkommen nach nächtlichen Partys garantiert. All diese Modelle stehen dafür, allen Menschen unabhängig von Alter und Einkommen ihre Mobilität zu garantieren und sie sind gleichzeitig ein Beitrag, den Pkw-Verkehr auch am Land zu reduzieren.

Gefordert sind sicherlich weitere Schritte, um die Umstellung des PendlerInnen-Verkehrs auf Bus und Zug zu attraktivieren, sowohl im Angebot, als auch in der Preisgestaltung. Hier liegt eine Herausforderung, der sich die Sozialdemokratie sehr aktiv stellen muss und wird.

WOHNBAU

Es braucht aber nicht nur Möglichkeiten für PendlerInnen, öffentlich an ihren Arbeitsort zu gelangen. Es braucht auch die Schaffung bedarfsorientierten Wohnraums für junge Familien, um ein attraktives Angebot zu setzen, in der Heimatgemeinde (wieder) sesshaft zu werden. Das auf die grüne Wiese gestellte Eigenheim kann darauf aus verschiedenen Gründen nicht die einzige Antwort sein. Neben Fragen der Raumordnung, des Klimaschutzes und der kostenintensiven Erschlie-

bung mit öffentlicher Infrastruktur, ist das auch aus Sicht junger Familien eine Kostenfrage. Grunderwerb und steigende Baukosten macht für viele den Traum von den „eigenen vier Wänden“ unerschwinglich. Es braucht auch in den kleinstädtischen Gemeinden starke Investitionen in den mehrgeschossigen Wohnbau, um attraktiven und leistbaren Wohnraum für alle auch außerhalb der Ballungszentren neu zu schaffen bzw. bestehenden Wohnraum zu sanieren. Darüber hinaus gilt es auch über „Nachverdichtungen“ und die besondere Förderung von Zwei-Familien- und Mehr-Generationen-Häusern nachzudenken.

ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE UND SOZIALE INFRASTRUKTUR

Zentrales Element für die Attraktivität von Gemeinden ist die Bereitstellung sozialer Infrastruktur, von Kindergärten und Schulen bis hin zu Musikschulen, Freizeittreffs und Lokalen sowie Kulturangeboten. Wesentlich ist dabei sicherlich auch, wie soziale Dienstleistungen erbracht werden. Unter dem Druck knapper Kassen wurde in Deutschland, aber auch in Teilen Österreichs, eine Vielzahl ehemals kommunal erbrachter Leistungen privatisiert. Wohnungen wurden an private Investoren abverkauft, die Erbringung von Leistungen an Private ausgeschrieben. Seit einigen Jahren gibt es wieder verstärkte Gegentendenzen. Denn die private Leistungserbringung hat in vielen Fällen nicht nur Qualitätsverluste gebracht, sondern auch mehr Geld gekostet. Die Gemeindefusionen sollten auch einen Beitrag dazu leisten, durch die Schaffung größerer Einheiten auch Voraussetzungen für die kommunale Leistungserbringung zu verbessern. Es braucht aber auch darüber hinausgehende Maßnahmen, um die gemeinsame Leistungserbringung – die in vielen Bereichen ja schon jetzt gelebte Praxis ist – weiter zu fördern.

Die niederösterreichische Gemeinde Trumau hat vor wenigen Wochen ein bemerkenswertes Projekt gestartet: In der selbsternannten „Lesegemeinde“ erhält jedes Trumauer Schulkind zwischen sechs und zehn Jahren mehrmals jährlich altersgerechte Kinderbücher geschenkt. Solche Projekte stehen symbolisch für die Ziele sozialdemokratischer Politik: Jedes Kind, unabhängig vom sozialen Background, soll eigene Bücher haben, soll in seinen Kompetenzen gestärkt werden, soll von Anfang gefördert werden, seinen Weg zu gehen. Mit sozialen Angeboten wie diesen wird aber auch eine besondere Identifikation der BewohnerInnen mit ihrem Ort gefördert, wird vor Augen geführt, dass wir alle gemeinsam mehr sind.

Es sind Beispiele wie diese, die zeigen, wie sehr es oft die kleinen Dinge sind, die greifbar machen, was wir auch im Großen anders machen wollen. Wie wir die Politik der Spaltung, durch eine Politik der Hoffnung, durch eine Politik der Verbesserung der Lebensverhältnisse ablösen wollen.

PFLEGEPOLITIK


Das ist auch in der Pflegepolitik ein wichtiger Faktor. Die SPÖ Steiermark ist seit Wochen im ganzen Land unterwegs, um das Thema Pflege endlich auf die politische Tagesordnung zu setzen. Es braucht endlich eine umfassende Pflegesicherung, die allen Pflegebedürftigen die Betreuung garantiert, die sie brauchen – ohne das Eigenheim verpfänden zu müssen, ohne vom Pflegepersonal Unleistbares zu fordern, ohne Abstriche bei der fachlichen Kompetenz zu machen. Es braucht zweifellos österreichweit ein neues, umfassendes Konzept und eine solidarische Finanzierung aus einer Hand. Derzeit stellt die demographische Entwicklung und die bisherige Pflegefinanzierung eine immer unleistbarer werdende Belastung der Gemeinden dar. Trotz dieser untragbaren finanziellen Lastenverteilung zeigen viele Gemeinden vor, wie eine solidarische Pflegeorganisation aussehen kann. Mit stationären Einrichtungen, aber auch mit der Förderung der mobilen Pflege oder umfassenden regionalen Beratungsangeboten.

FINANZEN

Wenn die Gemeinden daher auf eine bessere finanzielle Ausstattung drängen, ist das mehr als nur die Vertretung von Eigeninteressen. Die Gemeinden brauchen mehr Mittel, um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können, um in zukunftsorientierte und lebenswerte Regionen zu investieren. Sie brauchen Investitionsmittel, um vom Miteinander nicht nur zureden, sondern es auch zu schaffen.

GLAUBWÜRDIGKEIT

Der Verlust von Glaubwürdigkeit wird oft – und zurecht – als größtes Problem der Politik in der Gegenwart gesehen. Menschen haben ein Recht darauf zu sehen, was sie durch aktive Politik erreichen und durchsetzen können. Auch wenn die aktuellen bundespolitischen Rahmenbedingungen – siehe „Aktion 20.000“ – ungünstig sind, bietet die Kommunalpolitik für die Sozialdemokratie ein reiches Betätigungsfeld, um genau das vorzuleben. Vieles in der Kommunalpolitik ist konsensuales Alltagsgeschäft. Aber mit welchen Schwerpunk-

ten wir welche Art von Gesellschaft fördern; wie wir mit öffentlichen Diensten das Leben aller verbessern können; ob wir durch aktive Mobilitätspolitik soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz stärken; ob unsere Raumordnungs- und Wohnpolitik die Interessen aller berücksichtigt oder nur jener, die Geld haben und mobil sind; das sind Fragen, die auf kommunalpolitischer Ebene auch im Kleinen mitverhandelt werden. Daher ist Kommunalpolitik nicht nur ein Thema, wenn Gemeinderatswahlen anstehen. Sie ist ein Eckpfeiler für erfolgreiche sozialdemokratische Politik auf allen Ebenen. Ihre Bedeutung müssen wir durch verstärkte Anstrengungen, das Gemeinsame und Verbindende der Arbeit vieler tausend sozialdemokratischer BürgermeisterInnen, StadträtInnen und GemeinderätInnen herauszuarbeiten und auch bundesweit ein stärkeres Bewusstsein dafür schaffen, welche Bedeutung die Kommunalpolitik für die Sozialdemokratie als glaubwürdige, zukunftsorientierte Bewegung hat. 

WOLFGANG MOITZI

ist stv. Landesgeschäftsführer und Bildungsvorsitzender der SPÖ Steiermark und gehört seit 2018 dem steirischen Landtag an.



DAS ROTE WIEN
PUPPENKÜCHE, CA. 1930
© Wien Museum

Als die Sozialdemokratie die Republik rettete... und im Stich ließ

Anlässlich des Februar-Gedenkens lässt die Wirtschaftswissenschaftlerin **Wilhelmine Goldmann** die Geschichte der Ersten Republik und die Rolle der Sozialdemokratie darin Revue passieren. Obwohl die Autorin gerade in der Phase der Gründung der Republik die große Zurückhaltung der Sozialdemokratie im Interesse einer friedlichen Entwicklung der demokratischen Republik betont, sieht sie die Aufgabe der Regierungsbeteiligung als wesentlichen Grund für das Scheitern der Sozialdemokratie, die antidemokratische Entwicklung des bürgerlichen Lagers zu stoppen. Gleichzeitig wurde es aus ihrer Sicht der Republik zum Verhängnis, dass die Kompromissbereitschaft der Partei im Angesicht der Faschisierung der österreichischen Rechtsparteien wuchs, statt abzunehmen.

Die Sozialdemokratie bewahrte im Jahr 1918 das kleine Deutsch-Österreich vor Chaos und Bürgerkrieg, gründete die Republik und legte den Grundstein für einen modernen Sozialstaat und eine demokratische Verfassung. Politische Fehler der Sozialdemokratie und eine zunehmend antidemokratische und autoritäre Haltung der bürgerlichen Kräfte führten schließlich zum Bürgerkrieg 1934.

DER ZUSAMMENBRUCH

Die Sozialdemokratische Partei war nach dem Zusammenbruch der Monarchie im November 1918 die stärkste politische Kraft im kleinen Rest-Österreich und entscheidend für seine demokratische Entwicklung. Die Provisorische Nationalversammlung war bereits im Oktober 1918 unter dem Vorsitz des Sozialdemokraten Seitz zusammengetreten und der gemäßigte Sozialdemokrat Karl Renner wurde von allen Parteien zum Staatskanzler gewählt und mit der Bildung einer Regierung betraut.

Am 3. November 1918 wurde der Waffenstillstand mit den Alliierten unterzeichnet, am 11. November dankte der Kaiser ab.

Die Ausrufung der Republik am 12. November 1918 war eine logische Folge der nicht mehr existierenden Monarchie und fand ohne großes Pathos und Enthusiasmus, immerhin auch ohne Blutvergießen, statt. Am Abend des 12. November vermerkte Arthur Schnitzler in seinem Tagebuch lapidar: „Ein welthistorischer Tag ist vorbei. In der Nähe sieht er nicht sehr großartig aus.“

CHAOS, NOT, HUNGER UND KRANKHEITEN

Das Chaos beim Zusammenbruch der Monarchie und der Auflösung der österreichisch-ungarischen Armee im ganzen Reichsgebiet, vor allem aber in Wien, war ohnegleichen. Auf dem Wiener Westbahnhof rollte alle 20–25 Minuten ein Zug ein, bis über das Dach gefüllt mit Soldaten auf dem Weg in ihre Heimatländer, mit ausgemergelten Gesichtern, vor Schmutz und Ruß starrend. Der Südbahnhof zeigte das gleiche Bild. Auf einem derartigen Zug fuhr auch mein Vater von Tarvis bis Wiener Neustadt, auch er auf dem Dach eines Zuges, zusammengepfercht mit anderen Kameraden, die nichts wie heim wollten. Die Gegenzüge waren voll mit italienischen Kriegsgefangenen.

In Niederösterreich und Tirol kam es zu Plünderungen

entlang den Bahnstrecken. Auf dem Land bildeten sich Heimatwehren, um marodierende Soldaten und revolutionäre Arbeiter abzuwehren.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben, noch radikalisiert vom Jännerstreik 1918, organisierten sich in Arbeiterräten, revolutionäre Soldaten in Soldatenräten.

Die Menschen litten Hunger und es mangelte an allem. Die Bilder von Holzsammlern im Wienerwald und von Frauen und Kindern, die auf Mistplätzen nach Essbarem suchten, zeigen das Elend der Menschen. Es sind schockierende Bilder wie man sie heute nur aus Afrika kennt. Tuberkulose war die häufigste Volkskrankheit und es gab kaum ein Proletarierkind, das damals nicht rachitisch war. Die geschwächten Körper erlagen zu tausenden der sogenannten „Spanischen Grippe“.

VOLKSWEHR

Es gab keine militärische oder polizeiliche Gewalt, die das Gewaltmonopol des Staates hätte ausüben können. Ganz im Gegensatz zu Deutschland, in dem die preußische Armee auch nach dem Krieg hohes Ansehen genoss, bekamen Repräsentanten der verhassten habsburgischen Armee den Hass und die Enttäuschung der Bevölkerung zu spüren. Einfache, abgerüstete Soldaten rissen auf offener Straße ihren ehemaligen kaiserlichen Offizieren die Rangabzeichen von der Uniform, die Staatsgewalt lag in diesen Umsturztagen in den Händen überwiegend revolutionär gesinnter Soldaten. Der erste Staatssekretär für das Heerwesen Julius Deutsch, gründete in diesem Chaos die Volkswehr, die dem sozialdemokratischen Gedanken einer Volksmiliz entsprach.

Dem Aufruf Deutschs an alle aus dem Krieg heimgekehrten Soldaten, sich mit ihren Waffen der Volkswehr zur Verfügung zu stellen, wurde in Arbeiterkreisen fast lückenlos Folge geleistet. Am Land aber bildeten sich vorzugsweise Bauernwehren, die in erster Linie gegen die rote Gefahr kämpfen wollten. So gelangten große Waffenbestände der ehemaligen habsburgischen Armee auch in den Besitz konterrevolutionärer Kräfte.

Deutsch gelang es auch, die kommunistisch dominierte Rote Garde, die einen revolutionären Umsturz anstrebte, in die gemäßigte (sozialdemokratische) Volkswehr zu integrieren und entschärfte damit eine bedrohlich revolutionäre Situation.

„Aus und in der Not geboren, erwies sich die Volkswehr in einer Zeit des Elends, des Hungers und der Kriegsmüdigkeit als eine der wichtigsten Stützen der jungen österreichischen Demokratie – und als ein würdiger Vorfahre des heutigen österreichischen Bundesheeres.“ schrieb mein Vater, der selbst als abgerüsteter Soldat bis 1919 in der Volkswehr diente.

SOZIALREFORMEN

Eines der wichtigsten Staatsämter für die Arbeiterbewegung der Regierung Renner-Fink war das Staatsamt für Soziale Verwaltung unter der Leitung von Ferdinand Hanusch. Der Textilarbeiter-Gewerkschafter Hanusch bewältigte 1918–1920 ein ungeheures Arbeitspensum: täglich suchten ihn Hunderte von Arbeitslosen, Kriegsheimkehrern, Invaliden, Kriegerwitwen und-Waisen in seinem Staatsamt auf, deren akute Not er zu lindern suchte. Gleichzeitig verfasste er mit seinen Beamten, die er mit seinem gewinnenden Wesen und seinem kollegialen Führungsstil zu motivieren verstand, in nur zwei Jahren 83 Gesetze und Verordnungen zur Verbesserung der sozialen Lage der österreichischen Bevölkerung. Achtstundentag, Arbeitslosenversicherung, Anspruch auf gesetzlichen Urlaub, Nachtarbeitsverbot für Frauen und Lehrlinge, Verbot von Kinderarbeit, Betriebsrätegesetz, Invalidenentschädigungsgesetz, Arbeiterkammergesetz, Kollektivvertragsgesetz, und ein Verbot für Betriebe, Arbeiter zu entlassen, waren nur einige der Maßnahmen.

Die Unternehmerparteien schäumten, doch Hanusch nutzte den Druck der Straße und der radikalen Arbeiterräte, um möglichst viele Reformen durchzusetzen. Er überspannte jedoch nie den Bogen und blieb stets im Bereich des auch für die andere Seite Zumutbaren.

Laut Renner bestand Hanuschs Größe neben seinem unermüdlichen Arbeitseinsatz darin, dass er von ihren Emotionen aufgeputschte Menschen an den Verhandlungstisch gebracht hat und damit das Land vor Mord, Plünderungen und anderen Katastrophen bewahrt hat. Das kleine Deutsch-Österreich hatte damals den modernsten Sozialstaat in Europa, der bis heute die Basis unseres Sozialsystems ist.

Aber Hanusch war nicht nur ein genialer Sozialreformer, sondern auch der Begründer der modernen Sozial- und Wirtschaftspartnerschaft. Die bereits in der Monarchie bestehende, nunmehr aber autonom von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen beschickte paritätische Industriekommission

on wurde zur Drehscheibe für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung und fungierte als Einigungsamt. Die Gründung der Arbeiterkammer als gesetzliche Arbeitnehmervertretung und gleichwertiger Partner der Wirtschafts- und Handelskammer war ihm ein großes Anliegen. Er wurde nach seinem Ausscheiden aus der Regierung ihr erster Direktor.

„Für die Arbeiterbewegung ist die Betätigung auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik von größter Bedeutung ... Nur wenn die Arbeiterschaft Gelegenheit findet, sich mit den Fragen der Wirtschaftspolitik eingehend zu beschäftigen wird sie auch jeweils den Wert und das Ausmaß der erforderlichen Sozialpolitik zu überblicken vermögen.“

Die Büste Ferdinand Hanuschs auf dem 1928 von der Gemeinde Wien errichteten Denkmal der Republik wurde von den Austrofaschisten 1934 nicht nur mit der Kruckenkreuzfahne überhängt und abgetragen wie auch die Büste Viktor Adlers und Max Reumanns, sondern so stark beschädigt, dass sie nach dem Krieg wieder neu hergestellt werden musste. Augenfälliger konnten die Bürgerlichen ihre Ablehnung der Republik nicht demonstrieren.

REVOLUTION UND DEMOKRATIE

Während sich 1919 Räteregierungen in Ungarn und München bildeten und die Gefahr einer Revolution auch in Deutsch-Österreich durchaus real war, gelang es der Sozialdemokratie, dies zu verhindern. Es war das ausschließliche Verdienst der Sozialdemokratie, die revolutionär aufgeputschten Massen zu beruhigen und einen kommunistischen Umsturz zu verhindern. Eine wichtige Funktion kam dabei der Person Friedrich Adlers zu. Der Sohn des Parteigründers Viktor Adler genoss hohes Ansehen in der Bevölkerung, weil er als Kriegsgegner im Jahr 1916 den kaiserlichen Ministerpräsidenten Stürgkh erschossen hatte und zu lebenslanger Haft verurteilt worden war. Adlers Aufrufe zur Mäßigung, sowie die unmittelbar wirksamen sozialen Reformen Ferdinand Hanuschs und die Durchsetzungskraft der Volkwehr bewirkten, dass es weder zu einer Revolution, noch zu einer Spaltung der Linken in Sozialdemokraten und Kommunisten wie in Deutschland kam.

Es ist aus heutiger Sicht schwer zu verstehen, dass die bürgerliche Seite nicht sehen und begreifen konnte oder wollte, welches Verdienst die Sozialdemokratie bei der Entschärfung der revolutionären Situation hatte.

Während der ersten zwei Jahre der Republik kam es immer wieder zu tumultartigen Szenen im Parlament, weil die Konservativen Opposition gegen die rasante Reformpolitik der Sozialdemokraten machten, während umgekehrt die Sozialdemokraten über die Vielzahl von Kompromissen, die sie schließen mussten, stöhnten. Beide Parteien bedauerten, nicht die absolute Mehrheit im Parlament zu haben. Beiden mangelte es an demokratischem Verständnis. Da es keinen Repressionsapparat der alten Staatsmacht mehr gab, mussten Christlichsoziale und Großdeutsche akzeptieren, dass alle Gesetze mit den außerparlamentarischen Machtpositionen der Arbeiterschaft konsensual abgestimmt wurden. Die Regierung fungierte vor allem in der ersten Zeit mehr als Geschäftsführung des Parlaments und exekutierte die Gesetze mithilfe der Bürokratie.

Gleichzeitig verzichtete die Sozialdemokratie darauf, ihre situative Stärke gegenüber der schwächeren Bourgeoisie auszunützen. Insofern war das Verantwortungsbewusstsein der Sozialdemokraten, die Grenze des Machbaren und Zumutbaren nicht zu überschreiten, wesentlich größer als auf der Seite ihrer politischen Gegner, die hauptsächlich ihren Machtverlust beklagten.

VERFASSUNG 1920

Hans Kelsen, der Schöpfer unserer noch heute gültigen Verfassung, die 1920 mit Zweidrittelmehrheit beschlossen wurde, ermahnte beide Seiten, dass das Wesen der Demokratie nicht die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit sei, sondern der Schutz der Minderheit. Die Verfassung hob zwar das Recht der Regierung, den Ausnahmezustand zu verhängen, auf, übernahm aber aus der alten Verfassung der Monarchie den § 14 mit dem „kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz“ aus dem Jahr 1917(KWEG).

Ein letztes Mal erhob in der Diskussion um die Verfassung die Demokratie ihre Stimme im Parlament. Dabei ist die parlamentarische Debatte um das KWEG von besonderem Interesse: Der großdeutsche Abgeordnete Kraft beantragte die Aufhebung des potentiell die Demokratie gefährdenden Gesetzes. Und als der christlichsoziale Abgeordnete Heilingner Renner darauf aufmerksam machte, dass mit der Interpretation dieses Paragraphen „alles möglich“ sei, schätzte Renner diese Missbrauchsmöglichkeit als „obsolet“ ein und die Verfassung wurde mitsamt diesem Paragraphen beschlossen. Nur 13 Jahre später zeigte sich leider, dass ein derartiger Missbrauch keines-

wegs obsolet war: Dollfuß regierte ab 1933 mit diesem Paragraphen außerhalb der Verfassung und ohne Parlament! Diese Episode zeigt, dass es damals auch unter den Bürgerlichen echte Demokraten gab und dass die Sozialdemokraten zu gutgläubig waren.

Nach zwei Jahren Koexistenz waren beide Parteien koalitions müde und am Konflikt über das neue Wehrgesetz (Die Alliierten verlangten ein Berufsheer anstelle des Milizheeres) zerbrach die Koalition. Als nach den Wahlen im September 1920 die Christlichsozialen stärkste Partei wurde und die Sozialdemokratie mit 36 % auf den zweiten Platz absank, beschloss der Parteivorstand der SDAP auf Betreiben Otto Bauers, aus der Regierung auszuschneiden. Die bürgerlichen Parteien frohlockten und waren froh, dem aus ihrer Sicht reformatorischen Zwang der Sozialisten entronnen zu sein. Möglicherweise hätten sie auch ohne den freiwilligen Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung keine Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten akzeptiert. Der „revolutionäre Schutt“ sollte aus Sicht der Christlichsozialen Partei (CSP) so schnell wie möglich beseitigt werden.

Das Ausscheiden aus der Regierung im Jahr 1920 war in meinen Augen ein großer politischer Fehler und der erste Schritt in die Katastrophe von 1934.

OTTO BAUER

Bauer wurde in der SDAP als Nachfolger des Parteigründers Viktor Adler angesehen, obwohl er nur stellvertretender Parteivorsitzender war. Der Suggestivkraft seiner Rhetorik, die er im Parlament, in zahlreichen Artikeln, Reden und auf Parteitagen entfaltete, konnten sich nur wenige entziehen, weshalb er als der unumstrittene Führer der Partei angesehen wurde. Er hatte zudem einen besonders scharfen Verstand, ließ anderen aber nie diese Überlegenheit spüren. Allerdings war er entscheidungsschwach und scheute generell die Verantwortung, daher auch die Regierungsverantwortung; er war ein Mann der Worte, nicht der Taten und – streng genommen ungeeignet für die Politik. Nach dem Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung folgten jahrelange rhetorische Kämpfe im Parlament, die das politische Klima vergifteten und die Parteien weiter entzweiten.

Zwar signalisierten die Wahlsiege der SDAP einen nach wie vor starken Rückhalt der Sozialdemokratie in der Bevölkerung, doch verlor die Partei ständig an realer Macht. Zuerst


verlor sie den Einfluss im Bundesheer und den Zugriff auf die Waffenlager.

LOSTAG 15. JULI 1927

Die Fehleinschätzung der Wucht der spontanen Unruhen am 15. Juli 1927 nach dem Freispruch der Arbeitermörder von Schattendorf durch den Parteivorstand ließ die Partei im Brand des Justizpalastes ihre politische Führerschaft bei der Arbeiterschaft verlieren. Die aufgebracht „undisziplinierten“ Massen für das Debakel verantwortlich zu machen, wie es Otto Bauer danach machte, war hilflos, unfair und zynisch und zeugte von seiner Unfähigkeit, ein politischer Führer zu sein. Ab diesem Zeitpunkt wusste die Regierung um die Schwäche der Sozialdemokratie und nahm sie nicht mehr ernst. Bauer wurde zunehmend auch innerhalb der Partei kritisiert, doch wollte niemand ihre Spaltung. Die Linie Renners, der für eine Beteiligung der Regierung eintrat, gewann an Zustimmung. Trotzdem lehnte auch Renner das Angebot von Bundeskanzler Seipel, im Wirtschaftskrisenjahr 1931 in die Regierung einzutreten, ab. Er empfand den Vorschlag Seipels, der den Sozialdemokraten eine Regierungsbeteiligung für die Dauer von nur zwei Jahren angeboten hatte, als Provokation. Im Rückblick wäre es wahrscheinlich – wie auch Bruno Kreisky meinte – doch die richtige Entscheidung gewesen, weil es die allerletzte Chance war, Regierungsverantwortung zu übernehmen und vielleicht einen Bürgerkrieg zu verhindern. Trotz großer Wahlsiege erfüllte sich die Hoffnung auf das Erreichen der parlamentarischen Mehrheit nicht. Dahingegen nahmen die Angriffe der Heimwehren und der Polizei gegen sozialdemokratische Einrichtungen ständig zu.

Paradoxerweise wurde, als die faschistischen Tendenzen der Regierung nicht mehr zu übersehen waren, die Kompromissbereitschaft der Sozialdemokraten immer größer statt kleiner. Sie wollten um jeden Preis einen Bürgerkrieg verhindern und schlugen wiederholt der CSP die beiderseitige Entwaffnung vor. Die Frage, warum die SDAP den Schutzbund überhaupt aufrecht erhielt, obwohl sie nie kämpfen wollte, drängt sich auf. 1933 schließlich erhielt die Republik durch den christlichsozialen Kanzler Dollfuß den Todesstoß, die Sozialdemokratie sah diesem Ritualmord tatenlos zu und nahm ihn unverständlicherweise ohne Gegenwehr hin. Die SDAP erduldet weiterhin wehrlos die immer dreister werdenden Provokationen der Heimwehr. Damit diskreditierte sie sich selbst und ihren eigenen Republikanischen Schutzbund, bereits ein

Jahr bevor ihn und seine Kämpfer die austrofaschistische Regierung mit ungeheurer Brutalität auslöschte.

Es waren schließlich die wenigen tapferen Schutzbündler, die 1934 ohne Deckung des Parteivorstands in einen aussichtslosen Kampf gingen und die verlorene Ehre der Partei retteten. 

1. Diese wurde nach den ersten freien Wahlen von der konstituierenden Nationalversammlung im Februar 1919 im Amt bestätigt. Der christlichsoziale Jodok Fink war Vizekanzler, Ferdinand Hanusch Staatssekretär für Soziale Fürsorge, Julius Deutsch für das Heerwesen, Otto Bauer für Äußeres
2. Norbert Ch Wolf, Revolution in Wien, S 190
3. Pfoser/Weigl, Die erste Stunde Null, S 20
4. Die erkämpfte Republik, Ausstellung im Wien Museum 1918/19
5. In Österreich wurden 20.000 Menschen deren Opfer (Wikipedia)
6. Julius Deutsch, Aus Österreichs Revolution, S 33
7. Franz Lettner, unveröffentlichtes Manuskript 1987
8. Walter Göhring, Brigitte Pellar Ferdinand Hanusch, Aufbruch zum Sozialstaat, ÖGB Verlag 2003, S 199
9. Brief Renners an Hanuschs Witwe 1923, in: Nasko,
10. Ferdinand Hanusch, Volkswirtschaft und Sozialpolitik in: Arbeit und Wirtschaft, Nr 1/1923, S 8 ff
11. Zitat bei E. Hanisch
12. Hannes Leidinger/Verena Moritz, Das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz (KWEG) in: Wenninger/Dreidemy, Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-38, Böhlau Verlag 2013
13. Jacques Hannak, Renner und seine Zeit, Wien 1965, S 405
14. Bei der Wahl 1930 war die SDAP mit 41 % bei einer Wahlbeteiligung von über 90 % Stimmen- und Mandatsstärkste Partei
15. Bruno Kreisky, Erinnerungen

WILHELMINE GOLDMANN

ist Mitglied im Universitätsrat der Kunstuniversität Graz und schreibt an einem Buch über ihre sozialdemokratische Familie.



DAS ROTE WIEN
AUSSTELLUNGSPAKET, DAS ROTE WIEN
Design: Olaf Osten
© Wien Museum

Kurt Bauer: Der Februaraufstand 1934

85 Jahre nach den Ereignissen des 12. Februar 1934 hat der Historiker Kurt Bauer ein neues Buch veröffentlicht, das „Fakten und Mythen“ zu den Februarkämpfen beleuchten soll. **Florian Wenninger** hat das Werk kritisch unter die Lupe genommen. Abseits eines detaillierten Opferverzeichnisses ortet Wenninger wenig neue Erkenntnisse, dafür aber fehlende Quellenkritik und Bezugnahmen auf historisch widerlegte Mythen.

Die Februarkämpfe des Jahres 1934 hatten fraglos nachhaltigen Einfluss auf das politische System Österreichs. Das vorliegende Buch beansprucht, den aktuellen Forschungsstand in eine „kompakte wissenschaftliche Monographie“ zu gießen, „die den Aufstand, seine Vorgeschichte, seinen Verlauf [...] konzis, nüchtern und ohne parteipolitische, ideologische Verbrämung darzustellen versucht“ (S. 7). Das Werk gliedert sich in eine Skizze der Vorgeschichte, eine knapp vierzigseitige Abhandlung der Kämpfe selbst und eine quantitative Analyse der Opfer. Den Abschluss bilden zwei Abschnitte, die sich mit „besonderen Fällen“ und „Mythen, Legenden, offenen Fragen“ befassen. Mehr als 90 der gut 200 Seiten nimmt der Anhang ein, hauptsächlich bestehend aus einem Verzeichnis aller namentlich identifizierten Todesopfer.

Bereits die Darstellung der Vorgeschichte legt mehrere grundlegende Probleme des Buches offen. Einmal ist da die mangelnde Rezeption der vorhandenen Literatur. So führt der Autor als eine wichtige Station auf dem Weg in die Diktatur eine Episode an, die von der Forschung bereits vor über dreißig Jahren ins Reich der politisch motivierten Legende verwiesen wurde, nämlich das angebliche Koalitionsangebot Ignaz Seipels, durch dessen Ablehnung die Sozialdemokratie letztlich die antidemokratischen Kräfte der Rechten weiter gestärkt habe (S. 14).[1] Wiewohl zudem gleich mehrere jüngere Forschungen eindrücklich den gegenteiligen Nachweis erbracht haben[2], firmieren Frauen in der vorliegenden Darstellung ohne weitere Erläuterungen grundsätzlich als Unbeteiligte (S. 76), deren Rol-

le keinen Erklärungswert für den Ereignisverlauf hat. Die zweite Schwierigkeit ist das Ignorieren sozialer und wirtschaftlicher Verwerfungen. Ökonomische Interessensgegensätze scheinen für Bauer nicht weiter relevant zu sein, sondern folgen gleichsam Naturgesetzen. Krisenlösungspolitiken erscheinen ihm dementsprechend nicht interessensgeleitet, sondern alternativlos: ausgabenseitige Budgetsanierungen sind „schmerzhaft, aber notwendig“ (S. 14), Refinanzierungen durch internationale Anleihen „unumgänglich“ (S. 15). In Kombination mit – drittens – der mangelnden Auseinandersetzung mit sozialdemokratischer Theorie- und Organisationsgeschichte vermag der Autor in weiterer Folge nicht, grundlegende Zusammenhänge schlüssig zu erklären, begonnen mit den Motiven der Beteiligten, sich überhaupt am Aufstand zu beteiligen.

Die chronologische Abhandlung der Kämpfe zwischen dem 12. und 15. Februar basiert, sofern Primärquellen herangezogen werden, vornehmlich auf Polizei- und Militärquellen sowie auf zeitgenössischen Pressemeldungen (fast ausnahmslos regimetreuer Blätter). Dabei wird ein viertes gravierendes Problem der Arbeit sichtbar: unzureichende Kritik und schwer nachvollziehbare, selektive Würdigung von Quellen. Polizeiquellen behandelt der Autor als gleichsam neutrale Medien und begründet das damit, die einschlägigen Dokumente seien doch „nur für den Dienstgebrauch gedacht, nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen“ (S. 82). Nun ließe sich dagegen schon einwenden, dass die handelnden Personen Teil einer Konfliktpartei waren, die Quellen eine Vielzahl von Widersprüchen aufweisen und auch innerhalb des Staatsapparates eine Reihe

persönlicher und institutioneller Interessenslagen wirkten. Bauers Standpunkt ist aber auch deshalb nicht einleuchtend, weil er ihm andernorts selbst nicht folgt. So wertet er eine hoch spekulative, im Eigenverlag publizierte Seminararbeit eines pensionierten Bundesheerbrigadiers[3] im Quellenwert höher als die ebenfalls ausschließlich für den Dienstgebrauch bestimmte zeitgenössische Darstellung der Kämpfe durch das österreichische Bundesheer.[4] Das ist umso bemerkenswerter, als Bauer mit dem Brigadier zum Schluss kommt, ein Massaker von Bundesheersoldaten an gefangenen Schutzbündlern im oberösterreichischen Holzleithen sei in Wahrheit von Angehörigen der Heimwehren verübt worden (S. 94f.), während gleich mehrere zeitgenössische Quellen, vom Militär[5] über die Regimepresse[6] bis hin zur politischen Führungsebene[7] die Täterschaft von Soldaten gar nicht bestritten, sondern ganz im Gegenteil ausdrücklich rechtfertigten.


Durchaus überraschend ist auch Bauers Befund, die Schutzbündler hätten sich vor Beginn der Kämpfe „in der Regel ausreichend“ bewaffnen können (S. 77). Tatsächlich wissen zahlreiche Quellen von einem eklatanten Bewaffnungsproblem infolge dezentraler Waffenverstecke zu berichten.[8] Die Regierungsseite, deren Interpretation Bauer hier aber folgt, hatte dessen ungeachtet ein erhebliches Interesse daran, das militärische Potential der Aufständischen möglichst auszuschnüffeln, um ihre Bekämpfung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln als gerechtfertigt erscheinen zu lassen und zugleich den errungenen Sieg als umso bedeutsamer darzustellen.

Derjenige Teil des Buches, der den bisherigen Forschungsstand tatsächlich substanziell erweitert, widmet sich den Todesopfern der Februarkämpfe. Bauer hat dazu Polizeiakten mit Sterbeverzeichnissen und Friedhofsakten abgeglichen und erstmals ein detailliertes Opferverzeichnis erstellt. Er kann dabei die Gesamtzahl der Opfer der Kämpfe glaubwürdig auf etwa 360 Tote eingrenzen, von denen er 357 namentlich identifiziert. Interessant ist auch die erstmalige Verortung der Todesopfer im gesamten Bundesgebiet (S. 78). Die Gesamtzahl der Opfer bestätigt im Wesentlichen bisherige Schätzungen, präzisiert diese aber weiter. Die sonstigen Erkenntnisse sind mehrheitlich vorhersehbar: Die meisten Toten stammten aus den jeweiligen Kampfgebieten (S. 78), Gefallene der Exekutive waren im Schnitt deutlich älter als jene des Bundesheeres und der Wehrverbände (S. 86), mehr Menschen kamen im freien Gelände ums Leben als in provisorischen Stellungen oder Wohnhäusern und unter den primär defensiv und daher gedeckt kämpfenden Schutzbündlern waren weniger Opfer zu beklagen als

unter den offensiv vorgehenden Regierungsverbänden (S. 80f.). Für Bauers weitere Argumentation wesentlich ist der geringe Anteil derer, die durch Artillerieeinwirkung ums Leben kamen (S. 82).

Der Autor nimmt dies zum Anlass, den Artillerieeinsatz des Regimes gegen Wohnhausanlagen gegen die „maßlose Gräuelpropaganda“ in Schutz zu nehmen (S. 122) und die vorgeblich auf den Kanonengebrauch rekurrierende Beschuldigung Dollfuß' als „Arbeitermörder“ zurück zu weisen (S. 137). Überdies, so Bauer in expliziter Anlehnung an die zeitgenössische Argumentationslinie des Regimes (FN 222), habe der Kanonenbeschuss von Wohnblocks letztlich wohl Leben gerettet, weil er die Kämpfe verkürzt habe (S. 120, 123). Derlei Argumente mag überzeugend finden wer will. Jedenfalls konstatieren müssen wird man im Weiteren allerdings die methodische Zweifelhaftheit, mit der Bauer bemüht ist, seinem Datensatz weitere Informationen zu entlocken. Ein nicht näher begründeter und, wie auch der Autor einräumt, methodisch problematischer Abgleich der Daten der Februartoten mit denjenigen der nationalsozialistischen Juliputschisten bleibt schon an sich rätselhaft. Aus der dabei eruierten Tatsache, dass die Schutzbündler im Schnitt deutlich älter und wesentlich häufiger verheiratet waren, Rückschlüsse auf ihre abweichende Kampfweise zu ziehen (S. 87f.), ist bestenfalls gewagt. Ähnliches gilt auch für die vom Autor vorgenommene Kategorienbildung. Selbst die Urheber der von Bauer ausführlich zitierten Polizeiquellen äußern Zweifel, ob sich einigermaßen zuverlässig rekonstruieren lasse, inwieweit sich Verwundete oder Tote zuvor an den Kämpfen beteiligt hätten (S. 73). Dessen ungeachtet unterteilt Bauer die Ziviltoten großzügig in „Aufständische“ und „Unbeteiligte“ bzw. „Zufallsopfer“ (S. 79).

Zusammenfassend vermag das Werk trotz punktueller Ergänzungen des Forschungsstandes daher weder methodisch noch analytisch zu überzeugen. Statt seinem Anspruch gerecht zu werden, überkommene „Mythen“ zu dekonstruieren, reproduziert der Autor selbst mehrfach längst überwunden geglaubte Legenden und (De-)Legitimationsmuster. So werden die Heimwehren in bester Tradition großkoalitionärer Sündenbockgeschichtsschreibung[9] zu den wahren, scheinbar autonom agierenden Bösewichten. Bei Bauer haben zentrale Akteure der Rechten nicht jahrelang auf eine Autoritarisierung des politischen Systems hingearbeitet, sondern sich im Gegenteil um Verständigung bemüht. Und schließlich gelten vor allem die Sozialdemokratie und ihr gestörtes Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie (S. 136) als der wahre Grund für die

politische Polarisierung der Ersten Republik. Letztlich schiebt Bauer trotz oder gerade wegen des einleitend formulierten Anspruchs, eine ideologisch völlig unvoreingenommene Geschichte eines Konfliktes schreiben zu wollen, beherzt sämtliche reflexiven Standards des Faches beiseite. Wie als Probe aufs Exempel zeichnet sich seine vorgeblich neutrale Darstellung durch eine selten deutliche politische Positionierung gegen die Aufständischen aus. 

Anmerkungen:

1. Anton Staudinger, Konzentrationsregierung, Bürgerblock oder präsidiales Minderheitsregime? Zum angeblichen Koalitionsangebot Ignaz Seipels an die Sozialdemokratie im Juni 1931, in: *Zeitgeschichte* 12 (1984/85), 1, S. 1–18.
2. Siehe zuletzt die Schwerpunktnummer der Österreichischen Zeitschrift für Geschichtswissenschaft: Perspektivenwechsel: Geschlechterverhältnisse im Austrofaschismus, 27 (2016), 3.
3. Wilfried Wöss, Abhandlung. Der 12. und 13. Februar in Holzleithen, Vöcklabruck 2013.
4. Bundesministerium für Landesverteidigung (Hrsg.), *Der Februaraufstand 1934. Das Eingreifen des österreichischen Bundesheeres zu seiner Niederwerfung*, Wien 1935.
5. Vgl. ebenda, S. 218f.
6. o.a., Bei den Kämpfen um Thomasroith, in: *Linzer Volksblatt*, Ausg. 14. Februar 1934, S. 2.
7. Schreiben des vormaligen Staatssekretärs für das Sicherheitswesen, Carl Karwinsky, an Heinrich Benedikt vom 11. September 1954, Wienbibliothek im Rathaus, Handschriftensammlung, Archiv Verlag für Geschichte und Politik ZPH 1765, Box 1, Mappe Benedikt, *Die Geschichte der Republik Österreich II*.
8. So etwa bei Winfried Garscha / Hans Hautmann, *Februar 1934 in Österreich*, Berlin 1984, S. 116f.; Helmut Fiederer, *Der Republikanische Schutzbund in Linz und die Kampfhandlungen im Februar 1934*, in: *Historisches Jahrbuch der Stadt Linz* 1984, Linz, S. 201–248, hier S.145; Kurt Peball, *Die Kämpfe in Wien im Februar 1934* (Militärhistorische Schriftenreihe 25), Wien, S. 25f.
9. Vgl. Franziska Schneeberger, *Heimwehr und Bauern – ein Mythos*, in: *Zeitgeschichte* 16 (1988/89), 4, S. 135–145, hier S. 135.

FLORIAN WENNINGER

ist Universitätsassistent am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien und leitet das Forschungsprojekt „Repression in Österreich 1933–1938“. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählt u.a. Polizei und Militärgeschichte und österreichische Republiksgeschichte. Der Beitrag erschien ursprünglich im Online-Magazin H-Soz-Kult, www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-30302



DAS ROTE WIEN
AMALIENBAD, CA. 1926
Foto: Fritz Sauer
© Wien Museum

„Ich fürchte Niemanden“

Rechtzeitig zum 100. Jahrestags des Frauenwahlrechts in Österreich hat Gernot Trausmuth eine Biografie über die Pionierin der Arbeiterinnenbewegung, Adelheid Popp verfasst. Das Thema Furchtlosigkeit ist der rote Faden, der sich durch das Leben der großen Sozialdemokratin und Frauenkämpferin zieht. Von **Irini Tzaferis**.

Präzise und sorgfältig wird in der jüngst erschienenen Biographie das Leben von Adelheid Popp skizziert, das untrennbar mit der sozialdemokratischen Arbeiterinnenbewegung verbunden ist. Die zitierten Quellen sind ganz unterschiedlich: persönliche Korrespondenz, protokollierte Reden, Artikel aus der Gleichheit oder der Arbeiterinnen Zeitung, Polizeiprotokolle, Memoiren und Aufzeichnungen verschiedener Wegbegleiterinnen und Wegbegleiter. Diese Dokumente helfen dabei, das Leben einer Vorkämpferin für die Emanzipation der Arbeiterinnen zu rekonstruieren.

Die politische Biografie setzt dort ein, wo aus der katholisch erzogenen Fabrikarbeiterin die klassenbewusste Sozialdemokratin wird. Der Kontakt mit dem sozialdemokratischen Parteiblatt „Die Gleichheit“ politisiert Adelheid Popp (zu diesem Zeitpunkt noch Adelheid Dvorak) und so befasst sie sich immer intensiver mit den theoretischen Schriften und der Idee des Sozialismus. Bei ihrer ersten Rede auf einer Gewerkschaftsversammlung geht sie auf die Situation der Arbeiterinnen ein, begeistert die Zuhörenden und es wird ihr angeboten, einen Artikel zu schreiben.

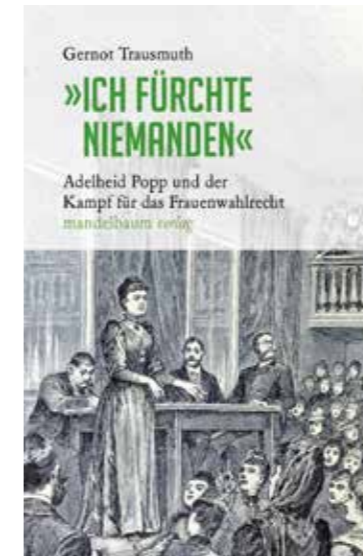
Bald wird Viktor Adler auf die junge Arbeiterin aufmerksam und Adelheid Popp bekommt Zugang zu dem inneren Kreis der Sozialdemokratie.

Ihre Hauptkritik an der Arbeiterzeitung, von Viktor Adler herausgegeben, ist, dass sich diese rein mit der Lebenswelt der Arbeiter befasst und auch die Aufforderungen immer nur an die Männer gerichtet seien. Durch den Kontakt mit der proletarischen Zeitung der deutschen Schwesternpartei Die Gleichheit wird auch bei den sozialdemokratischen Frauen die Forderung nach einer eigenen Zeitung auf. 1892 ist es dann so weit: Die erste Arbeiterinnen-Zeitung erscheint.

Mittlerweile ist Adelheid Popp nicht nur Redakteurin, sondern auch die wichtigste Rednerin der Sozialdemokratie. Sie spricht auf Frauenversammlungen, unterstützt die Frauen bei ihren Anliegen, hilft bei der Durchführung von Streiks und gibt den Frauen durch die Redebeiträge und ihre Zeitungsartikel eine Öffentlichkeit. Diesen Aufgaben geht sie zunächst neben ihrer Erwerbstätigkeit in der Fabrik nach. Ein Umstand, der nach nicht allzu langer Zeit untragbar wird und so fordert sie für sich und ihre Genossinnen das, was einigen Männern der Bewegung schon lange zusteht: bezahlte Redakteursposten, um die Parteiarbeit sorgfältig durchführen zu können.

Der Aufbau der Frauenorganisation und deren Akzeptanz innerhalb der Partei stellen die Genossinnen vor große Herausforderungen. Beim Parteitag 1896 in Prag ist Adelheid Popp die einzige weibliche Delegierte. Ihrer Forderung nach intensiveren Bemühungen um die Arbeiterinnen in den verschiedenen Regionen wird entgegengehalten, dass es noch keine Frauenorganisation gebe und man deshalb Frauen als Delegierte gar nicht zulassen solle. Auch die Eigenständigkeit der Arbeiterinnen Zeitung wird an diesem und vielen folgenden Parteitagen in Frage gestellt und es bedarf innerorganisatorischer Kämpfe diese Selbstständigkeit zu erhalten. Partei und Gewerkschaft wehren sich gegen den Wunsch der Frauen, eine eigene Organisation zu gründen und es kommt zu heftigen Debatten am und um den Parteitag. Schließlich gelingt es, die Gründung eines Frauenkomitees und die Abhaltung einer Frauenkonferenz durchzusetzen. Adelheid Popp nimmt die Position ein, dass es wichtig sei, die Frauen innerhalb der Gewerkschaften zu organisieren, weil eigene Arbeiterinnen- und Frauenvereine keine entsprechende Macht den Unternehmen gegenüber hätten.

Parallel zu den innerparteilichen Kämpfen mit den männlichen Genossen kommt es zu Auseinandersetzungen der proletarischen Frauen mit den Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung. Während es bei einigen Themen durchaus



GERNOT TRAUSMUTH
„ICH FÜRCHTE NIEMANDEN“
ist 2019 im Mandelbaum Verlag erschienen
(€ 19).

inhaltliche Überschneidungen gab, stand man sich bei anderen Fragen diametral gegenüber. Bei Versammlungen ist es dann Adelheid Popp, die den Finger in die Wunde legt und zum Beispiel über Frauen der Dienstbotinnen spricht – eine Provokation für die gutbürgerlichen Frauen.

Zentral sind Adelheid Popp die Anliegen der Dienstmädchen, die nicht nur keine Vertretung haben und die zum damaligen Zeitpunkt noch nach der „Gesindeordnung“ von 1810 behandelt wurden. Es gelingt ihr die Organisation dieser Mädchen und jungen Frauen voranzutreiben, ihr Ziel ist es, dass diese jungen Frauen nicht länger Hausklavinnen, sondern Arbeiterinnen sind. Die Forderung nach der Aufhebung der alten Dienstbotenverordnung und die Schaffung eines modernen Hausgehilfinnenrechts ist eine der ersten, die sie als Abgeordnete ins Parlament bringt.


DER KAMPF UM DAS WAHLRECHT

Der Kampf um das Wahlrecht ist ein steter Begleiter in der sozialdemokratischen Auseinandersetzung, will man doch endlich das ungerechte Kurienwahlsystem durch ein Allgemeines Wahlrecht für alle ersetzen. Alle, das sind aber nur die Männer.

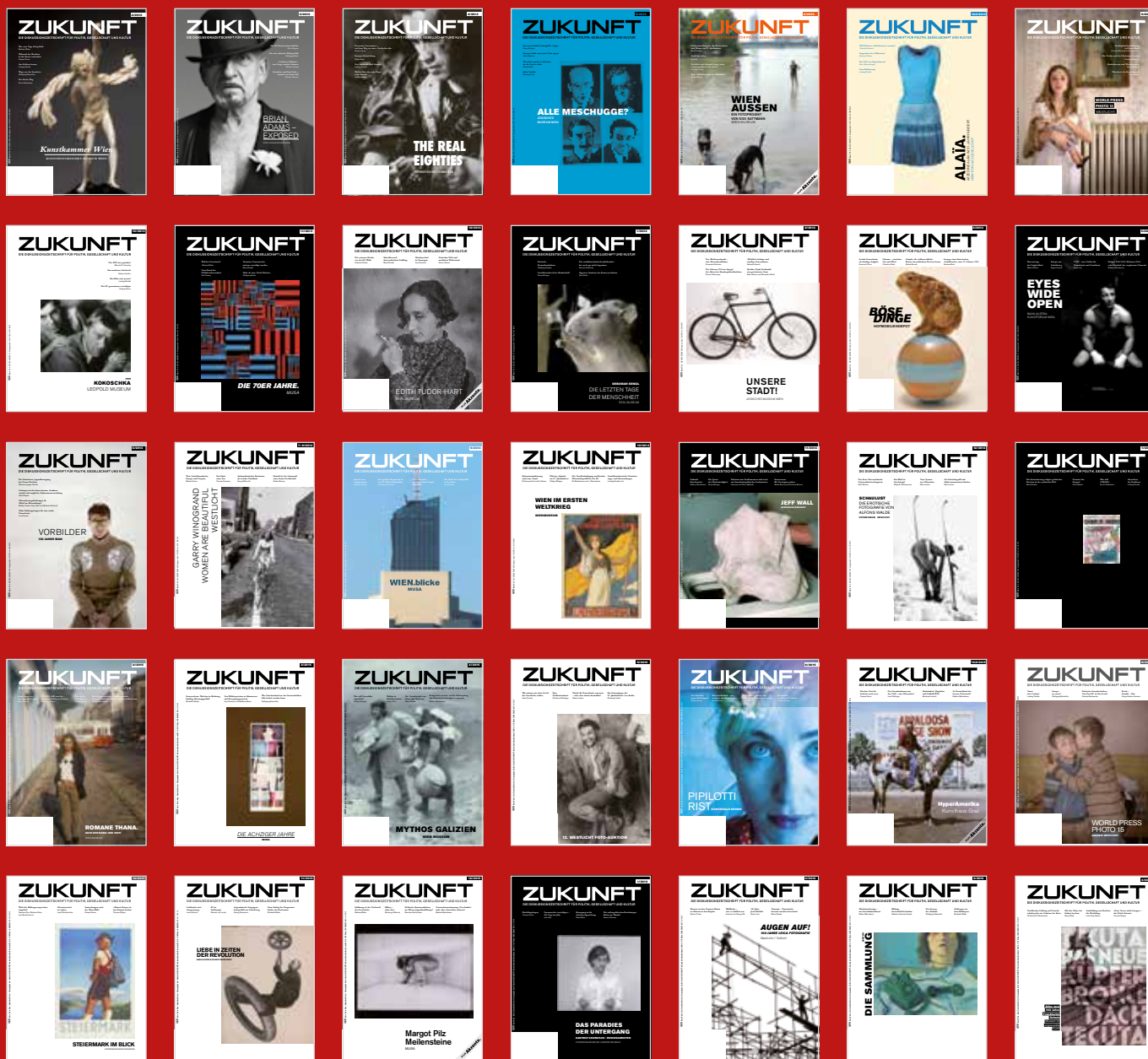
Die Frauenbewegung treibt zahlreiche und wichtige Reformen voran, setzt sich für den Mutterschutz und den Ausbau des Sozialversicherungswesens ein. Mit der Ausrufung der Repub-

lik wird die Forderung laut, die Gleichberechtigung der Frauen nicht mehr länger nur prinzipiell anzuerkennen, sondern auch in die Tat umzusetzen.

Obwohl Victor Adler und Adelheid Popp noch im Moment des Erringens des Männerwahlrechts auf die Notwendigkeit des Frauenwahlrechts hinweisen, dauert es noch 11 Jahre bis dieses zum Gesetz wird und 12 Jahre bis auch Frauen wählen und ins Parlament einziehen werden. Am 16. Februar 1919 ist es dann so weit. Bei den Wahlen wird die Sozialdemokratie stärkste Partei und sieben Sozialdemokratinnen ziehen ins Parlament ein: Eine von ihnen ist Adelheid Popp.

Anhand der Biografie Adelheid Pops gelingt es die Entwicklung der österreichischen Sozialdemokratie, die wichtigen Kämpfe und Errungenschaften der Frauen, Diskurs und Ergebnis sehr präzise darzustellen. Die Biografie gibt Einblick in politische, soziale und strategische Überlegungen. 

IRINI TZAFERIS
unterrichtet Deutsch und Geschichte an einer Wiener AHS und ist als
Personalvertreterin tätig.



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 12,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 49,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____